

# Somalia

## Update: Die aktuelle Situation (2006–2008)

Markus Virgil Hoehne

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

17. Dezember 2008


info@osar.ch  
www.osar.ch

PC-Konto  
30-16741-4  
Spendenkonto  
PC 30-1085-7

Angaben zum Autor: Markus V. Hoehne hat an der Universität München Sozialanthropologie, Geschichte, Turkologie sowie internationales Recht studiert. Gegenwärtig verfasst er eine Dissertation zum Thema: Identität und Konflikt im Norden Somalias (Somaliland und Puntland), wo er 2003/2004 16 Monaten Feldforschung betrieben hat. Zusätzlich beteiligt er sich am Forschungsprojekt «Diasporas for Peace: Patterns, trends and potential of long-distance Diaspora involvement in conflict settings. Case studies from the Horn of Africa» der Europäischen Union. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes reiste er Ende 2008 für einen erneuten Feldaufenthalt in den Norden Somalias. Neben seiner Forschungstätigkeit unterrichtete Markus V. Hoehne am Institut für Sozialanthropologie der Martin Luther Universität in Halle/Saale. Bisherige Publikationen von Markus V. Hoehne beinhalten ein Buch mit dem Titel «Somalia zwischen Krieg und Frieden. Strategien der friedlichen Konfliktaustragung auf internationaler und lokaler Ebene» (Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, 2002) sowie zahlreiche wissenschaftliche Artikel. Für weitere Details, siehe: [www.eth.mpg.de/people/mhoehne/index.html](http://www.eth.mpg.de/people/mhoehne/index.html).

## Impressum

### HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@osar.ch](mailto:info@osar.ch)  
Internet: [www.osar.ch](http://www.osar.ch)  
PC-Konto: 30-1085-7

### AUTOR

Markus V. Hoehne

### SPRACHVERSIONEN

Deutsch, Englisch

### PREIS

CHF 25.– inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

### COPYRIGHT

© 2008  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Politische Lage</b> .....	<b>2</b>
2.1	Süd- und Zentralsomalia .....	2
2.1.1	Aufstieg und Untergang der Union islamischer Gerichte .....	2
2.1.2	Ausbruch extremer Gewalt in Mogadishu .....	4
2.1.3	Scheitern der Friedensverhandlungen und Spaltung der TFG ....	5
2.1.4	Zusammenfassung .....	8
2.2	Somaliland und Puntland .....	8
2.2.1	Die UIC und der Norden Somalias in 2006 .....	8
2.2.2	Innere Kämpfe in Somaliland 2007 .....	10
2.2.3	Der Konflikt zwischen Somaliland und Puntland .....	12
2.2.4	Piraterie und Kriminalität in Puntland von 2006–2008 .....	13
2.2.5	Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen in Somaliland und Puntland .....	14
2.2.6	Die Selbstmordanschläge vom 29. Oktober 2008 .....	16
2.2.7	Zusammenfassung .....	16
<b>3</b>	<b>Sicherheitslage</b> .....	<b>17</b>
3.1	Süd- und Zentralsomalia .....	17
3.2	Somaliland und Puntland .....	19
<b>4</b>	<b>Die allgemeine Rechtslage</b> .....	<b>21</b>
<b>5</b>	<b>Menschenrechtslage</b> .....	<b>22</b>
5.1	Menschenrechtsverletzungen .....	22
5.2	Medienfreiheit .....	25
<b>6</b>	<b>Humanitäre Lage</b> .....	<b>25</b>
<b>7</b>	<b>Annex</b> .....	<b>27</b>

# 1 Einleitung

Seit dem Sturz der Regierung Somalias im Januar 1991 gibt es im Land keine zentrale Regierung mehr. Während Süd- und Zentralsomalia, wo seit nun fast zwei Dekaden ein blutiger Bürgerkrieg wütet, von Kriegsherren und Milizenführern regiert werden,<sup>1</sup> ist die politische Situation im Norden des Landes von staatlichem Wiederaufbau und Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen geprägt. Im Mai 1991 spaltete sich im Nordwesten Somalias die Republik Somaliland vom Rest des Landes ab und proklamierte ihre Eigenstaatlichkeit. Bisher wurde sie jedoch international nicht als unabhängiger Staat anerkannt. Im Nordosten wurde im August 1998 Puntland als autonomer Regionalstaat gegründet, welcher Teil von Somalia bleibt, faktisch aber, in der Abwesenheit einer effektiven somalischen Regierung, selbständig agiert (siehe Annex: Karte I und II). Der anhaltende Staatszerfall Somalias zeigt sich somit vor allem im Süden des Landes, während der Norden von politischem, wirtschaftlichem und sozialem Wiederaufbau geprägt ist.<sup>2</sup> Nichtsdestotrotz werden jedoch auch Somaliland und Puntland von den anhaltenden Unruhen in Süd- und Zentralsomalia beeinflusst.

In den letzten 17 Jahren unternahm die internationale Gemeinschaft immer wieder Versuche, den Bürgerkrieg zu stoppen und den somalischen Staat wieder aufzubauen. Die jüngsten Friedensverhandlungen fanden zwischen Oktober 2002 und Januar 2005 unter der Schirmherrschaft der *Intergovernmental Agency for Development* (IGAD)<sup>3</sup> in Kenia statt. Resultat dieser Verhandlungen war die Schaffung einer Übergangsregierung (*Transitional Federal Government* abgekürzt TFG). Das Parlament dieser Übergangsregierung setzt sich aus Mitgliedern der einzelnen Klans zusammen, die proportional zur Grösse des Klans im Parlament vertreten sind. Die Parlamentarier wählten Abdullahi Yusuf, den ehemaligen Präsidenten von Puntland, zum neuen Präsidenten von Somalia. Dieser bestimmte Ali Mahamed Geedi als Premierminister, der seinerseits wiederum ein Kabinett aufstellte, das vom Parlament bestätigt werden musste. Mitte 2005 zog die neue Übergangsregierung von Nairobi nach Baydhoa im Süden Somalias um.<sup>4</sup> Interne Spaltungen und Widerstand von Kriegsherren und Islamisten gegen die TFG, insbesondere in Mogadishu, machten die Etablierung der Übergangsregierung in der Hauptstadt unmöglich.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Prunier, Gérard, 1995: Somalia: civil war, intervention and withdrawal 1990–1995, UN Writenet Paper, [www.asylumlaw.org/docs/somalia/country\\_conditions/Prunier.pdf](http://www.asylumlaw.org/docs/somalia/country_conditions/Prunier.pdf); Weber, Anette 2008: State building in Somalia – challenges in a zone of crisis, in: E.-M. Bruchhaus and M. Sommer (eds.): Hot Spot Horn of Africa Revisited, Lit Verlag: Hamburg, S. 14–27.

<sup>2</sup> Für Details siehe: Wartorn Societies Project (WSP), WSP 2001: Rebuilding Somalia: issues and possibilities for Puntland, London; WSP 2005: Rebuilding Somaliland. Issues and Possibilities, Lawrenceville; Hagmann, Tobias and Markus V. Hoehne, 2009: Failures of the state failure debate: Evidence from the Somali territories, *Journal of International Development*, 21, S. 42–57.

<sup>3</sup> IGAD ist die regionale Organisation der Staaten am Horn von Afrika. Ihre Mitgliedsstaaten sind Djibouti, Somalia, Eritrea, Äthiopien, Sudan, Kenia und Uganda.

<sup>4</sup> Hoehne, Markus V., 2007: Staatszerfall, Konfliktregelung und Staatsaufbau. Zur Diversifizierung der politischen und sozialen Realitäten in Somalia, in: Biel, Melha Rout; Leiß, Olaf (Hg.): Politik in Ostafrika zwischen Staatszerfall und Konsolidierung, Peter Lang: Frankfurt a. M. et al., S. 75–101.

<sup>5</sup> Der Begriff «Islamist» bezieht sich auf Akteure, die einerseits strikt den schriftlichen Quellen des Islam (Koran und Hadith) folgen und deren autoritären Auslegungen durch islamische Gelehrte und andererseits «islamistisch aktiv» sind, das heisst, islamische Werte, Politiken und Gesetze verbreiten (International Crisis Group: Somalia's Islamists, Report, 12. Dezember 2005, p. 1). «Islamismus» beinhaltet soziale Reformbewegungen, wie auch militante oder «jihadi» Gruppierungen. In Somalia waren, zumindest vor 2005, mehrheitlich Reformbewegungen aktiv; militanten Gruppierungen fehlte eine breite Unterstützung in der Gesellschaft. Dies steht in starkem Kontrast zur allge-

Im Juni 2006 übernahm die Union Islamischer Gerichte (*Union of Islamic Courts* abgekürzt UIC) die Kontrolle über Mogadishu. In der Folge gewannen die islamischen Gerichte immer mehr Macht über Süd- und Zentralsomalia und bedrohten somit die TFG. Das Eingreifen der äthiopischen Armee stoppte die Machtübernahme der UIC schliesslich und ermöglichte die Etablierung der Übergangsregierung in Mogadishu Ende Dezember 2006. Kurz darauf brach in der Hauptstadt ein Aufstand gegen die Übergangsregierung und ihre Anhänger aus, welcher Süd- und Zentralsomalia in die blutigsten Unruhen seit 1992/93 stürzte.<sup>6</sup> Opfer dieser anhaltenden Gewaltwelle ist vor allem die Zivilbevölkerung. In den letzten zwei Jahren wurden Dutzende von Aktivisten und Journalisten ermordet, tausende Zivilisten wurden getötet oder verletzt und eine halbe Million Menschen mussten aus Mogadishu fliehen.<sup>7</sup> Kriegsverbrechen werden von allen in den Konflikt verwickelten Parteien begangen.<sup>8</sup> Die intern Vertriebenen (*internally displaced people* abgekürzt IDPs) fürchten sich vor einer Rückkehr in die Hauptstadt und verbleiben in den provisorischen Flüchtlingscamps rund um Mogadishu, insbesondere im Distrikt Afgooye. Sie leiden unter Nahrungsmittelknappheit, schlechten hygienischen Bedingungen und dem Fehlen grundlegender Dienstleistungen. Zudem macht sich in den zentralen und südlichen Gebieten von Somalia eine Dürre breit. Laut Einschätzungen von UNO-Experten steht Somalia wegen der anhaltenden Trockenheit und der weltweit steigenden Nahrungsmittelpreise, bei gleichzeitiger Hyperinflation des somalischen Schilling, eine der schwersten humanitären Katastrophen bevor.<sup>9</sup>

## 2 Politische Lage

### 2.1 Süd- und Zentralsomalia

#### 2.1.1 Aufstieg und Untergang der Union islamischer Gerichte

Im Februar 2006 eskalierten die Kämpfe zwischen der Allianz für die Wiederherstellung des Friedens und gegen den Terrorismus (*Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism* abgekürzt ARPCT) und der UIC in Mogadishu. Die ARPCT war eine Vereinigung von verschiedenen Kriegsherren und Klanführern (auch Ministern der Übergangsregierung), welche von den USA bei der Ausführung von «Anti-

---

meinen Wahrnehmung der Ereignisse in Somalia. Letztere wurde von Roland Marchal (2007: Warlordism and terrorism: How to obscure an already confusing crisis? The case of Somalia, *International Affairs* 83 (6), 1091–1106) kritisiert. In Süd- und Zentralsomalia hat die jüngste militärische Intervention der von den USA unterstützten äthiopischen Truppen zur wachsenden Popularität von islamistischen Gruppen in der Bevölkerung beigetragen.

<sup>6</sup> Menkhaus, Ken, 2007: The crisis in Somalia: Tragedy in five acts, in: *African Affairs*, 106/204, S. 357–390, S. 380; Bloomfield, Steve: Somalia: The world's forgotten catastrophe, in: *The Independent*, 9. Februar 2008.

<sup>7</sup> *Sunday Herald*, 11. Oktober 2008: Troop pull-out leaves government on brink, [www.sundayherald.com/international/shinternational/display.var.2459722.0.troop\\_pullout\\_leaves\\_government\\_on\\_brink.php](http://www.sundayherald.com/international/shinternational/display.var.2459722.0.troop_pullout_leaves_government_on_brink.php).

<sup>8</sup> Amnesty International, 6. Mai 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia.

<sup>9</sup> Nebehay, Stephanie: UN Somalia humanitarian chief warns of catastrophe, Reuters, 19. April 2007, Internetquelle: [www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L19366066.htm](http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L19366066.htm); Gettleman, Jeffrey: Humanitarian crisis in Somalia is worse than in Darfur, *International Herald Tribune*, 20. November 2007, [www.ihf.com/bin/printfriendly.php?id=8401525](http://www.ihf.com/bin/printfriendly.php?id=8401525); Schlein, Lisa: UN warns Somalia faces humanitarian catastrophe, VOA, 22. April 2008, [www.globalsecurity.org/military/library/news/2008/04/mil-080422-voa02.htm](http://www.globalsecurity.org/military/library/news/2008/04/mil-080422-voa02.htm); Somalia: families forced into camps by drought, IRIN, 18. September 2008, [www.irinnews.org/PrintReport.aspx?ReportId=80461](http://www.irinnews.org/PrintReport.aspx?ReportId=80461).

Terror-Aktionen» im kriegserschütterten Somalia unterstützt wurden.<sup>10</sup> Die UIC ist der Zusammenschluss von elf Scharia-Gerichten in Mogadishu, welche über Jahre in der Stadt aktiv gewesen waren, bevor sie im Juni 2006 überraschend und unterstützt von einer beträchtlichen Anzahl Kämpfern die Milizen der führenden Kriegsherren bezwangen. Mit diesem Sieg übernahm die UIC die Kontrolle in der früheren Hauptstadt. Als zentrale Akteure der UIC im Kampf um Mogadishu wurden der «gemäßigte» Sheikh Sharif Sheikh Ahmed und der «Hardliner» Sheikh Hassan Dahir Aweys weltweit bekannt. Die UIC gewann innerhalb weniger Wochen weitgehend Kontrolle über Süd- und Zentralsomalia und wurde so zur Bedrohung der TFG in Baydhoa.<sup>11</sup> Äthiopien eilte der Übergangsregierung von Somalia zu Hilfe. Nach offiziellen Angaben wurden nur Berater, keine äthiopischen Truppen gesendet. Unter der Schirmherrschaft der Arabischen Liga wurden zwischen Juni und August 2006 Friedensgespräche zwischen der TFG und der UIC in Khartoum abgehalten. Diese scheiterten jedoch im Herbst 2006. Einerseits übernahmen in den Reihen der UIC radikalere islamistische Gruppen, insbesondere die militante *Al Sabaab*<sup>12</sup>, die Führung. Andererseits schien auch die TFG nicht an Kompromissen interessiert. Diese entliess Sharif Hassan Sheikh Aden, den Sprecher des Parlaments, da er im November 2006 aus eigener Initiative mit der UIC in Mogadishu verhandelt hatte. International verlor die UIC immer mehr an Ansehen, einerseits weil sie von Seiten der USA beschuldigt wurde, Al Qaida Elementen in ihren Reihen zu dulden, und andererseits aufgrund von unüberlegten Aussagen einiger Vertreter der UIC bezüglich des «Jihad» gegen die «Ungläubigen» (vornehmlich, die äthiopischen Truppen).<sup>13</sup>

Das Eingreifen externer Kräfte verkomplizierte die Kriegssituation in Somalia zunehmend. Eritrea lieferte Waffen und entsandte militärische Berater sowie Kämpfer zur Unterstützung der UIC. Äthiopien, unterstützt von den USA, agierte als wichtigster Verbündeter der TFG.<sup>14</sup> Man befürchtete, der äthiopisch-eritreische Konflikt könnte auf somalischem Gebiet eskalieren. Am 6. Dezember 2006 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1725, die ein Waffenembargo für Somalia und den Aufbau einer Friedenstruppe der Afrikanischen Union (IGASOM) zur Unterstützung der Übergangsregierung vorsah. Die UIC verweigerte die Annahme der Resolution und forderte den Rückzug der äthiopischen Truppen. Trotz diplomatischen Bemühungen der Europäischen Union (EU) und der Arabischen Liga (AL) eskalierten die Kämpfe zwischen der UIC und den äthiopischen Truppen am 20. Dezember 2006. Ausgedehnte Luft- und Bodenangriffe der äthiopischen Armee zusammen mit den Truppen der TFG, welche logistisch von den USA unterstützt wurden, zwangen

<sup>10</sup> Gewisse Kriegsführer wurden als Minister in die Übergangsregierung eingebunden. Die Idee dabei war, dadurch mögliche Kriegstreiber zu «entschärfen», siehe: Schlee, Günther, 2006: *The Somali Peace Process and the search for a legal order*, in: H.-J. Albrecht et al. (eds.): *Conflicts and Conflict Resolution in Middle Eastern Societies – Between Tradition and Modernity*, Berlin, S. 117–167.

<sup>11</sup> Inter Africa Group, Oktober 2006: *Human Security in Somalia's New Order*, Briefing Paper; International Crisis Group: *Can the Somali Crisis Be Contained?*, Report, 10. August 2006; Menkhaus, Ken 2006/07: *Governance without Government in Somalia. Spoilers, state building, and the politics of coping*, in: *International Security*, Vol. 31, No. 3 (Winter 2006/07), S. 74–106.

<sup>12</sup> Im Jahr 2006 wurde die *Al Shabaab* von Aden Hashi Farah Ayro geführt, welcher 2005 in die Schlagzeilen kam, weil er an der Schändung eines italienischen Friedhofes in Mogadishu beteiligt gewesen war (diese Schändungen wurden von weiten Teilen der somalischen Bevölkerung nicht gut geheissen). Die Wurzeln der Organisation *Al Shabaab* reichen bis in die 1980er-Jahre zurück; damals sie noch die Miliz von AIAI [Al Ittihad Al Islami] mit Sheikh Aweys als ihrem militärischen Führer. Siehe: Weber, Anette, 2008: *State building in Somalia – challenges in a zone of crisis*, in: E.-M. Bruchhaus und M. Sommer (eds.): *Hot Spot Horn of Africa Revisited*, Lit Verlag: Hamburg, S. 14–27, S. 16.

<sup>13</sup> Marchal, Roland: *Somalia: A new front against terrorism*, 5. Februar 2007, <http://hornofafrica.ssrc.org/marchal/printable.html>.

<sup>14</sup> Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council Resolution 1676 (2006), 22. November 2006.

die UIC in die Knie. Mogadishu wurde in weniger als einer Woche von der äthiopischen Armee und den TFG-Truppen eingenommen. Die überlebenden Kämpfer der UIC tauchten unter. Die Führerschaft der Gerichte floh nach Kismayo, später nach Ras Kamboni im Süden des Landes und in die Gebiete an der somalisch-kenianischen Grenze. Sie überlebten mehrere Angriffe der US-Luftwaffe.<sup>15</sup>

### 2.1.2 Ausbruch extremer Gewalt in Mogadishu

Der erneute Machtwechsel in Mogadishu brachte in Somalia weder Frieden noch Stabilität. Im Gegenteil: Islamistische Kräfte sowie zahlreiche Mitglieder der in Mogadishu einflussreichen Hawiye-Klanfamilie stellten sich gegen die TFG und die Äthiopier.<sup>16</sup> Ende März und Mitte April 2007 wurde die Stadt von heftigen Gefechten zwischen den beiden verfeindeten Lagern erschüttert. Die Äthiopier und die TFG beschossen und bombardierten Stadtquartiere, aus welchen die Aufständischen ihre Angriffe starteten und die vorwiegend von Zivilisten bewohnt wurden. Innerhalb von vier Wochen wurden mehr als 1000 Personen, meist Zivilisten, getötet und 400'000 Bewohner Mogadishus wurden zu Flüchtlingen. Im «Human Rights Watch»-Report vom August 2007 zu den Kämpfen in Mogadishu werden die Verletzungen des humanitären Rechts und das Leiden der Zivilbevölkerung in Somalia aufgezeigt.<sup>17</sup>

Die oben erwähnte IGASOM-Truppe wurde nie geschaffen. Mit der UNO-Resolution 1744 vom 20. Februar 2007 wurde ein erneuter Versuch für eine Friedensmission der Afrikanischen Union (*Mission der Afrikanischen Union in Somalia* abgekürzt AMISOM) unternommen. Als Teil dieser Friedensmission wurden im März 2007 1700 ugandische Soldaten nach Somalia entsandt. Anfang 2008 schickte Burundi weitere 850 Soldaten nach Somalia. Die geplante Grösse der Friedenstruppe (8000 Soldaten) wurde nie erreicht, da die restlichen Beteiligten der Friedensaktion, Nigeria, Malawi und Ghana, die Stationierung von Soldaten in Somalia immer wieder aufschoben.<sup>18</sup> Statt Schutz für die Übergangsregierung von Somalia zu bieten, zog die AMISOM die Feindschaft der Gegner der TFG auf sich.<sup>19</sup> Innerhalb weniger Monate nach der Stationierung wurden mehrere ugandische Soldaten verletzt oder getötet.<sup>20</sup> Somit konnte auch die Schaffung von AMISOM keine Stabilisierung der Lage in Somalia herbeiführen.

<sup>15</sup> International Crisis Group: Somalia: The Tough Part is Ahead, Policy Briefing, 26. Januar 2007; Marchal, Roland: Somalia: A new front against terrorism, 5. Februar 2007; Report of the Secretary-General on the situation in Somalia, 28. Februar 2007, Internetquelle: <http://hornofafrica.ssrc.org/marchal/printable.html>.

<sup>16</sup> Der Präsident der Übergangsregierung, Abdullahi Yusuf, gehört zum Majeerteen-Klan der Darood Klanfamilie. Da er einen starken Rückhalt der Truppen seines Klans in Nordostsomalien genoss, wurde die Übergangsregierung von vielen Mitgliedern der Hawiye-Klanfamilie als «Darood»-Regierung angesehen, obwohl in der Regierung auch Mitglieder der Hawiye und anderer Klanfamilien vertreten waren. Siehe: Harun Hassan; Cedric Barnes 2007: A Return to Clan-Politics (or Worse) in Southern Somalia?, 27. März 2007, [http://hornofafrica.ssrc.org/Hassan\\_Barnes/printable.html](http://hornofafrica.ssrc.org/Hassan_Barnes/printable.html). Die «Klan-Logik» erklärt die Komplexität der Konfliktparteien jedoch nicht, vor allem da für viele Islamisten die religiöse Orientierung über die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Klan hinausgeht. Auch ökonomische Interessen können die Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager erklären.

<sup>17</sup> Human Rights Watch, 12. August 2007: Shell-Shocked. Civilians under siege in Mogadishu, Internetquelle: [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf); Gettleman, Jeffrey: Somali Battles Bring Charges of War Crimes, in: New York Times, 6. April 2007.

<sup>18</sup> Mellenthin, Knut, 10. August 2007: Somalia-Friedenstruppe vakant, junge Welt, Internetquelle: [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/un-truppe.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/un-truppe.html).

<sup>19</sup> Red Team Report: Somalia, March 2007; Key Areas: Somalia: Islamic Extremism, Clan Politics Insurgency.

<sup>20</sup> BBC, 8. März 2007: African force ambushed in Somalia; BBC, 16. Mai 2007: AU peacekeepers killed in Somalia.

Zwar gewannen die äthiopischen Truppen und die Truppen der Übergangsregierung in Jahr 2007 die Überhand über Mogadishu, der Regierungssitz blieb aber weiterhin in Baydhoa. In Süd- und Zentralsomalia kam es vermehrt zu blutigen Übergriffen wie Bombenanschlägen und Selbstmordattentaten von *Al Shabaab* und anderen wiedererstarkenden Splittergruppen der UIC.<sup>21</sup> Auf der anderen Seite versuchte die Übergangsregierung, ihre Macht zu stabilisieren, indem sie im Juli und August 2007 einen «nationalen Versöhnungskongress» in Mogadishu abhielt. Der Kongress wurde von den Oppositionsgruppen jedoch boykottiert. Stattdessen trafen sich diese im September 2007 in Asmara, der Hauptstadt Eritreas, zu einem eigenen Kongress. Dort wurde die «Allianz für die Befreiung und Wiederherstellung Somalias» gegründet. Sheikh Sharif Sheikh Ahmed (früher UIC) und Sharif Hassan Sheikh Aden, der Ex-Sprecher des Parlamentes, wurden als Führer der Allianz gewählt, die später unter dem Namen «Allianz für die Wiederbefreiung Somalias» (*Alliance for the Re-Liberation of Somalia* abgekürzt ARS) bekannt wurde. Einige Anhänger der Hawiye-Klanfamilie in Mogadishu bekannten sich nicht zu der in Asmara gegründeten Allianz. Auf Seiten der TFG zeigte sich eine immer grössere Spaltung zwischen Präsident Yusuf und Premierminister Geedi. Obwohl das Parlament Premierminister Geedi das Vertrauen aussprach, wurde er von der äthiopischen Regierung im Oktober 2007 zum Rücktritt bewegt.<sup>22</sup>

Im November 2007 wurde Nur Hassan Hussein, der wie Geedi der Hawiye-Klanfamilie angehört, zum neuen Premierminister ernannt. Nur Hassan Hussein, auch bekannt als Nur Adde, stiess bei der Ernennung seines Kabinetts vorerst auf eine starke Opposition im Parlament. Erst im Januar 2008 gelang es ihm ein neues Kabinett aufzustellen. Daraufhin zog die Exekutive am 20. Januar nach Mogadishu, um zu zeigen, dass sie gewillt war, die Lage in der Hauptstadt zu stabilisieren. Das Parlament verblieb in Baydhoa. Zur gleichen Zeit verstärkten sich die Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft, die verfeindeten Lager zu versöhnen. Der stellvertretende UNO-Generalsekretär Ahmedou Ould Abdallah trat in engen Kontakt mit der TFG sowie den Oppositionsführern Sheikh Sharif Sheikh Ahmed und Sharif Hassan Sheikh Aden. Die USA führte jedoch weiterhin selektiv Operationen gegen vermeintliche Terroristen durch. Im März 2008 wurde *Al Shabaab* von der Bush-Administration auf die Liste der Terrorgruppen gesetzt. Einen Monat später wurde Aden Hashi Farah Ayro, der Führer der Gruppe, zusammen mit Dutzenden anderen Personen bei einem Angriff der US-Luftwaffe auf ein Dorf in Zentralsomalia getötet.<sup>23</sup>

### 2.1.3 Scheitern der Friedensverhandlungen und Spaltung der TFG

Im Mai 2008 führten die TFG und die ARS Friedensgespräche in Djibouti. Am 9. Juni kamen die beiden Parteien zu folgenden Übereinkünften: Sofortiges Ende der Kampfhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition, gemeinsame Anfrage an den UNO-Sicherheitsrat eine internationale Friedensgruppe nach Somalia zu entsenden, Rückzug der äthiopischen Truppen, Auflösung der ARS, Sicherstellung

<sup>21</sup> Am 18. September 2006 wurde der Konvoi von Präsident Abdullahi Yusuf Ziel eines Selbstmordattentats. Der Präsident überlebte den Anschlag unbeschadet. Einige seiner Leibwächter und einer seiner Brüder kamen beim Anschlag ums Leben. Siehe: BBC News, 19. September 2006: Somali President describes attacks, Internetquelle: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/5358360.stm>. Es handelt sich dabei um den ersten Selbstmordanschlag in Somalia.

<sup>22</sup> Report of the Secretary-General on the Situation in Somalia, 7. November 2007.

<sup>23</sup> Mellenthin, Knut, 3. Mai 2008: Gezielte «Tötungsaktion»: US-amerikanischer Raketenüberfall auf die somalische Stadt Dhusamareb, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/usa.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/usa.html).

von humanitärer Hilfe und Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitskomitees.<sup>24</sup> In diesen Übereinkünften spiegelten sich vor allem die Positionen der Übergangsregierung wider, während die ARS als primären Schritt nur den Rückzug der äthiopischen Truppen forderte. Die ARS-Führer in Asmara, insbesondere Sheikh Hassan Dahir Aweys und militante Gruppierungen in Somalia, missbilligten das Abkommen.<sup>25</sup> Dies führte zur Teilung der ARS in einen Asmara- und einen Djibouti-Flügel. In Somalia verstärkten *Al Shabaab*, die militanten Kräfte der UIC und die Ras-Kambooni-Brigaden ihre Kriegshandlungen.<sup>26</sup>

Zwischen Juli und Oktober 2008 unternahm die Opposition verschiedene strategische Schritte und grossangelegte militärische Operationen in Süd- und Zentralsomalia. Die Rebellen brachten die Regionen Bay und Bakool, mit Ausnahme von Baydhoa, welches noch immer Parlamentssitz war, unter ihre Kontrolle. Auch in den Regionen Gedo und Lower Shabelle konnte die Opposition ihre Vorherrschaft ausbauen. Islamistische Streitkräfte nahmen am 22. August 2008 die Hafenstadt Kismayo, 450 Kilometer südlich von Mogadishu, ein.<sup>27</sup> Zwischen September und Oktober 2008 wurde in Mogadishu erneut heftig gekämpft. Mehr als 100 Zivilisten wurden innerhalb weniger Wochen Opfer der Kriegshandlungen. Auf Seiten der Übergangsregierung kämpften neben den Äthiopiern nun auch offen die Truppen der AMISON.<sup>28</sup>

Zwischen September und Oktober 2008 traf sich das bei den Friedensverhandlungen von Djibouti geschaffene Sicherheitskomitee dreimal, um einen Aktionsplan auszuarbeiten. Dieser sollte zu einem Waffenstillstand führen und den Rückzug der äthiopischen Truppen aus Teilen von Mogadishu und Beledweyne sowie dem Einsatz der AMISON als Sicherheitstruppe regeln. Am 28./29. Oktober 2008 trafen sich die IGAD-Mitgliedsstaaten in Nairobi, mit Ausnahme von Eritrea, das wegen dem Einzug von äthiopischen Truppen in Somalia die Gespräche boykottierte.<sup>29</sup> Die IGAD forderte den sofortigen Waffenstillstand in Somalia sowie die Einsetzung eines neuen Ka-

<sup>24</sup> Report of the Secretary-General on the Situation in Somalia, 16. Juli 2008.

<sup>25</sup> Mellenthin, Knut, 11. Juni 2008: Ein trügerischer Frieden. Somalia: Abkommen unter UNO-Vermittlung geschlossen. Opposition gespalten, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/frieden.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/frieden.html).

<sup>26</sup> Mellenthin, Knut, 7. Juli 2008: Widerstand in Somalia, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/waffenstillstand.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/waffenstillstand.html).

<sup>27</sup> Security Council Report, 27. August 2008: Monthly Forecast: September 2008, S. 8, [www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf](http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf).

<sup>28</sup> Am 22. September 2008 berichtete die BBC: «Carnage in Somali market shelling». Im Bericht wurde dargelegt wie Rebellen gleichzeitig zwei Anschläge auf zwei Stützpunkte der African Union (AU) verübten. Als Reaktion auf die Anschläge feuerten die äthiopischen Truppen Minenwerfer auf den Bakara-Markt, dabei wurden 40 Personen, meist Zivilisten, getötet. Dies wiederum führte zu erneuten Anschlägen von Seiten der Rebellen. Am 23. September berichtete die BBC, dass Tausende von Somalis vor Beschüssen in Mogadishu fliehen mussten. Während mehreren Tagen lieferten sich Rebellen und so genannte «Peacekeeper» erbitterte Kämpfe in der Hauptstadt. 45 Menschen verloren dabei ihr Leben. Mehrere tausend Zivilisten flohen zumindest vorübergehend. Die Kämpfe hielten an und am 24. September berichtete Radio Shabelle, dass 13 Menschen während nächtlichen Kampfhandlungen in Mogadishu ums Leben gekommen sind. Am 26. September berichtete Radio HornAfrik, dass in der vorhergehenden Nacht zehn Personen getötet und 20 Personen verwundet wurden. Am 27. September berichtete Radio Simba, dass mindestens zwölf Menschen bei Anschlägen der AU-Truppen auf den Barak Markt ihr Leben verloren. Am 28. September berichtete Radio Shabelle, dass AU Truppen Ziel eines Anschlages wurden und daraufhin das Feuer eröffneten. Der Bericht nannte keine Opferzahl. Die Kämpfe und die Unsicherheit der Zivilbevölkerung hielten auch Anfang Oktober weiter an. Am 8. Oktober berichtete die BBC, dass erneut mindestens 20 Menschen beim Beschuss des Bakara Marktes in Mogadishu getötet wurden. Siehe auch: Somalia NGO Safety Preparedness and Support Program (SPAS), Bericht 40/08 und 41/08, die sich mit der Zeitspanne vom 24. September bis 7. Oktober 2008 befassen.

<sup>29</sup> Sudan Tribune, 23. April 2007: Eritrea suspends its in IGAD over Somalia, Internetquelle: [www.sudantribune.com/spip.php?article21508](http://www.sudantribune.com/spip.php?article21508).

binetts, welches dem Land konstitutionelle und legale Sicherheit bieten könne.<sup>30</sup> Zum gleichen Zeitpunkt als die IGAD in Nairobi ihre Forderungen der Presse vorstellte, wurden im Norden Somalias vier Selbstmordanschläge verübt (siehe 2.2.6).

Am 19. August 2008 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat mit der Resolution 1831 die Verlängerung des Einsatzes der AMISOM-Truppen in Somalia. Zwischen dem 11. und 13. Oktober marschierte ein zweites burundisches Bataillon in Somalia ein, und die AMISOM-Truppen wurden auf 3400 Mann verstärkt.<sup>31</sup> Am 15. Oktober 2008 berichtete der *Sunday Herald*, dass die äthiopischen Truppen in Kürze aus Süd- und Zentralsomalia abgezogen würden und die Übergangsregierung nach Nairobi evakuiert würde.<sup>32</sup> Die Information, dass äthiopische Truppen aus Mogadishu und Umgebung abziehen, wurde auch von anderen Medien bestätigt.<sup>33</sup> Gleichzeitig wurde die TFG von internen Machtkämpfen zwischen Präsident Abdullahi Yusuf und Premierminister Nur Adde weiter geschwächt.<sup>34</sup> Trotz Druck von Seiten Äthiopiens konnten sich die beiden Staatsmänner nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen.<sup>35</sup> Mitte November 2008 hielt Präsident Abdullahi Yusuf eine Rede vor somalischen Parlamentsabgeordneten in Kenia und sagte, dass in Somalia keine leistungsfähige Regierung existiere und dass den Rebellen in der Hauptstadt freie Hand zur Ausübung von Anschlägen gegeben werde.<sup>36</sup> Am 14. Dezember 2008 schliesslich entliess Abdullahi Yusuf den Premierminister Nur Adde. Dieser weigerte sich jedoch, sein Amt niederzulegen, mit der Begründung, dass der Präsident ihn laut Verfassung nicht entlassen dürfe. Am 15. Dezember 2008 wurde der Premierminister vom Parlament und mehreren Mitgliedern des Kabinetts bestätigt.<sup>37</sup> Die Übergangsregierung war demnach in zwei Lager gespalten. Eine Minderheit unterstützte Abdullahi Yusuf; die Mehrheit war für Nur Adde. Vier Jahre nachdem die Übergangsregierung die Macht in Somalia übernommen hatte, war sie immer noch weit davon entfernt sich als effektive Autorität in Somalia zu etablieren. Am 11. November 2008 nahm *Al Shabaab* die Hafenstadt Merka, 90 Kilometer südöstlich von Mogadishu, ein und machte die-

<sup>30</sup> Report of the Secretary-General on the situation in Somalia, 17. November 2008.

<sup>31</sup> Report of the Secretary-General on the situation in Somalia, 17. November 2008.

<sup>32</sup> Auf verschiedenen Internetseiten mit spezifischen regionalen Informationen publiziert, zum Beispiel: [www.ethiomed.com/accent/8303.html](http://www.ethiomed.com/accent/8303.html).

<sup>33</sup> Shabelle Media Network (Mogadishu): 14. November 2008: Somalia: Ethiopian Troops Withdraw IDPs Quarter, <http://allafrica.com/stories/200811141061.html>; Garoowe Online (Garoowe), 11. Dezember 2008: Somalia: Ethiopia Troops Withdraw From Hiran Region – Again, <http://allafrica.com/stories/200812120015.html>; Missionary International Service News Agency (MISNA), 4. Dezember 2008: Somalia: Ethiopian troops withdraw, clashes in Mogadishu, [www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/CJAL-7LZSFM?OpenDocument](http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/CJAL-7LZSFM?OpenDocument).

<sup>34</sup> Das gespannte Verhältnis der beiden Staatsmänner ist darauf zurückzuführen, dass der Premierminister und einige Mitglieder des Kabinetts im Juli 2008 entschieden Mohamed Dheere, den Bürgermeister von Mogadishu zu entlassen. Der Bürgermeister war gleichzeitig ein berühmter Kriegsherr und ein Verbündeter von Präsident Abdullahi Yusuf. Der Präsident akzeptierte die Entlassung nicht und setzte den Bürgermeister entgegen dem Willen des Premierministers erneut ein. Nach Gesprächen mit mehreren somalischen und äthiopischen Mediatoren trat Mohamed Dheere schließlich Ende September 2008 zurück. Siehe: Security Council Report, 27. August 2008: Monthly Forecast: September 2008, S. 7, [www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf](http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf); Security Council Report, Oktober 2008: Somalia, [www.securitycouncilreport.org/site/c.gIKWLeMTIsG/b.4559909/k.F36C/October\\_2008\\_br\\_Somalia.htm](http://www.securitycouncilreport.org/site/c.gIKWLeMTIsG/b.4559909/k.F36C/October_2008_br_Somalia.htm).

<sup>35</sup> Ende November 2008 entschieden die TFG und die ARS Oppositionsfraktion in Djibouti, die Zahl der Parlamentarier von 275 auf 550 zu verdoppeln. Das offizielle Ziel dieser Aktion war es, die Übergangsregierung inklusiver zu machen. Präsident Abdullahi Yusuf war jedoch dagegen und erklärte die neue Regierung für illegal. Siehe: Xinhua, 4. Dezember 2008: Somalia's Puntland leader opposes Djibouti peace deal, [http://news.xinhuanet.com/english/2008-12/04/content\\_10456601.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2008-12/04/content_10456601.htm).

<sup>36</sup> Bamford, David: Somali head admits militant gains, BBC News, 15. November 2008.

<sup>37</sup> BBC (Radio) Somali Service: Somali News, 14. Dezember 2008, 9.00 Uhr, und 15. Dezember 2008, 9.00 Uhr.

se, Anfang Dezember 2008, zu ihrem administrativen Zentrum.<sup>38</sup> Ob die verschiedenen islamistischen Gruppierungen, die sich zum Teil untereinander bekämpfen, die Stärke haben werden, Mogadishu unter ihre Kontrolle zu bringen, bleibt unklar. AMISOM und äthiopische Truppen sind noch immer in Mogadishu stationiert, jedoch drohte AMISOM im Dezember 2008, sich aus der Hauptstadt zurückzuziehen, sollten die äthiopischen Truppen aus Mogadishu abberufen werden.

#### **2.1.4 Zusammenfassung**

Seit Beginn des Jahres 2006 hat sich die politische Situation in Süd- und Zentralsomalia drastisch verändert. Weder die plötzliche Machtübernahme durch die UIC noch ihre rasche Niederlage im Dezember 2006 hatten Experten im In- und Ausland vorhergesehen. Der Plan Äthiopiens und der USA, die Islamisten in Somalia zu entmachten und stattdessen eine extern anerkannte, aber intern illegitime Übergangsregierung einzusetzen, schlug fehl. Die äthiopischen Truppen blieben in Südsomalia stecken, und nach zwei Jahren schwerster Gewalt, die zu einer Massenvertreibung der Bevölkerung von Mogadishu und Umgebung führte, wollen sie sich nun aus Somalia zurückziehen. Die TFG ist aufgrund interner Machtkämpfe zwischen Präsident und Premierminister geschwächt. Der Präsident Abdullahi Yusuf räumte jüngst ein, dass die Rebellen in Süd- und Zentralsomalia immer mehr an Macht gewinnen. Die Oppositionellen sind Splittergruppierungen der früheren UIC und ARS, hauptsächlich militante Islamisten. Mitte Dezember 2008 machten sie sich daran, die Hauptstadt einzunehmen, wo noch immer einige AMISOM und äthiopische Truppen stationiert sind. Die militanten Islamisten sind kampferprobt und sehr viel weniger moderat, als es die UIC war. Nichtsdestotrotz fehlt ihnen interne Einheit und eine gemeinsame Führung.<sup>39</sup>

## **2.2 Somaliland und Puntland**

### **2.2.1 Die UIC und der Norden Somalias in 2006**

Die politischen Ereignisse in Süd- und Zentralsomalia in den letzten drei Jahren beeinflussten auch die politische Situation im Norden des Landes. Seit der unilateralen Abspaltung von Somaliland (Nordwestsomalia) im Mai 1991 ist die politische Lage dort stabil und friedlich. Seit 2001 wurden politische Reformen durchgeführt, die zu einer zunehmenden Demokratisierung des Landes führten.<sup>40</sup> Puntland (Nordostsomalia) wurde im August 1998 als autonomer Regionalstaat eines zukünftig föderalen Somalias gegründet. Es basiert auf der Teilung der Macht zwischen den verschiedenen Klans, welche zur Harti-Klansföderation gehören (Majeerteem Dhulbahante,

<sup>38</sup> Reuters, 12. November 2008: Somalia's al Shabaab seize port near capital, [www.reuters.com/article/homepageCrisis/idUSL588010.CH.2400](http://www.reuters.com/article/homepageCrisis/idUSL588010.CH.2400).  
BBC (Radio) Somali Service: Somali News, 7. Dezember 2008, 9.00 Uhr.

<sup>39</sup> Update bis Januar 2009: Abdullahi Yusuf trat Mitte Dezember 2008 als Präsident zurück. Ende des Monats zogen die äthiopischen Truppen tatsächlich aus Mogadishu und weiten Teilen Süd- und Zentralsomalias ab. Die meisten ihrer Positionen wurden von Al-Shabab Milizen übernommen. Ende Januar wurde der «moderate» ehemalige UIC Führer Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, ein ehemaliger UIC Führer zum neuen Präsidenten der TFG gewählt, mit Rückendeckung der internationalen Gemeinschaft.

<sup>40</sup> Jimcaale, Cabdiraxmaan, 2005: Consolidation and decentralization of government institutions, in War-torn Societies Project (ed.): Rebuilding Somaliland: issues and possibilities, Lawrenceville, N.J. [u.a.]: Red Sea Press: S. 49–121.

Warsangeeli, und andere) und das Gebiet bewohnen.<sup>41</sup> Die UIC, die in Süd- und Zentralsomalia im Jahr 2006 an die Macht kam, kombinierte islamistische mit streng nationalistischen Vorstellungen. Sie war strikte gegen die säkular orientiert und von Äthiopien unterstützte Übergangsregierung. Der UIC schwebte ein starker somalischer Nationalstaat vor, in welchem Somaliland, Puntland und gar der somalische Teil Äthiopiens mit dem Rest des Landes vereinigt werden sollten. Demzufolge verfolgten die Regierungen in Hargeysa (Somaliland) und Garoowe (Puntland) die Geschehnisse in Mogadishu Mitte 2006 genauestens.

In Somaliland galt insbesondere die Stadt Bur'ö, im Zentrum des Landes, als Hochburg der Sympathisanten der UIC. Jedoch sprachen auch in anderen Städten, wie der Hauptstadt Hargeysa, religiöse und traditionelle Führer der UIC ihre Sympathie aus.<sup>42</sup> Im September 2006 wurde Sheikh Mahamed Ismail von den Behörden Somalilands verhaftet. Auf somalischen und islamistischen Homepages wurde ein Video, welches die Folterung von Sheikh Mahamed Ismail durch die Polizei zeigt, verbreitet. Diese Vorgehensweise löste in der somalischen Bevölkerung tiefe Empörung aus.<sup>43</sup> Das «Shura Council» der UIC leitete verschiedene Schritte gegen die «Ungläubigen» im Norden ein und verbreitete beispielsweise die Nachricht, dass Selbstmordattentäter nach Somaliland unterwegs seien.<sup>44</sup> Um die Stabilität Somalilands zu untergraben, organisierte die UIC an verschiedenen Orten des Landes (zum Beispiel in Bur'ö, Lasanod, Buuhoodle und Erigabo) Demonstrationen gegen die Regierung.<sup>45</sup> Hassan Dahir Aweys, ein Mitglied der UIC, beschuldigte die Bevölkerung Somalilands «dem Frieden» statt Allah zu huldigen.<sup>46</sup> Daraufhin mobilisierten die Regierung Somalilands und die unabhängigen Medien des Landes über Fernseh- und Radiosendungen sowie Zeitungsartikel die Bevölkerung gegen den Feind im Süden. Sie erinnerten die Bevölkerung im Nordwesten daran, dass es zwischen den Mitgliedern des alten somalischen Regimes unter Syad Barre (1969–1991) und der UIC in Mogadishu in 2006 personelle Überschneidungen gab. Viele führende UIC Mitglieder, wie Hassan Dahir Aweys, Hassan Turki und andere, hatten vor 1991 als Offiziere in der somalischen Armee gedient. Sie waren die Feinde des *Somali National Movement* (SNM) gewesen, welches den Nordosten von Barres Diktatur befreite.<sup>47</sup> Andererseits sahen die UIC und Somaliland in der TFG und ihrem Präsidenten einen gemeinsamen Feind. Abdullahi Yusuf der erste Präsident Puntlands (1998–2004) und später Präsident der TFG blieb der «Erzfeind» Somalilands wie weiter unten ausgeführt wird (2.2.3).

<sup>41</sup> Hagmann, Tobias und Markus V. Hoehne 2009: Failures of the state failure debate: Evidence from the Somali territories, *Journal of International Development*, 21, S. 42–57.

<sup>42</sup> Beispielsweise rief ein bekannter Scheich, welchem eine Verbindung zur UIC nachgesagt wurde, nach seiner Freitagsrede in Hargeysa dazu auf, die Landsleute im Süden, die Opfer einer Flutkatastrophe geworden waren, zu unterstützen. Die Besucher der Moschee in Hargeysa verdächtigten den Scheich, mit der UIC zusammenzuarbeiten und erhoben sich gegen ihn, so dass er unter Polizeischutz die Moschee verlassen musste. In einem anderen Fall, wollte der Sultan eines grossen Klans in Hargeysa den Klan unter islamische Herrschaft stellen. In der Folge wurde er von der Polizei Somalilands für kurze Zeit festgenommen (Persönliches Gespräch mit Ahmed Abdullahi Duaale und Mahamed Hassan Ibrahim, Hargeysa, Dezember 2008).

<sup>43</sup> Weinstein, Michael A., 16. Oktober 2006: War Clouds Loom over Somalia as Military Fronts Open Up Amid a Flurry of Diplomacy, [www.pinr.com/report.php?ac=view\\_report&report\\_id=569&language\\_id=1](http://www.pinr.com/report.php?ac=view_report&report_id=569&language_id=1).

<sup>44</sup> Afrol News / Awdal News Network, 17. Oktober 2006: Suicide bombers «heading for Somaliland», [www.afrol.com/articles/21969](http://www.afrol.com/articles/21969).

<sup>45</sup> Afrol News / Awdal News Network, 17. Oktober 2006: Suicide bombers «heading for Somaliland», [www.afrol.com/articles/21969](http://www.afrol.com/articles/21969).

<sup>46</sup> Afrol News / Awdal News Network, 17. Oktober 2006: Suicide bombers «heading for Somaliland», [www.afrol.com/articles/21969](http://www.afrol.com/articles/21969).

<sup>47</sup> Persönliches Gespräch mit Ahmed Abdullahi Duaale, Hargeysa, 6. Dezember 2008.

Puntland war direkt in die politischen und militärischen Geschehnisse in Süd- und Zentralsomalia involviert. Abdullahi Yusuf, welcher seit Oktober 2004 an der Spitze der Übergangsregierung stand, wurde von der Regierung Puntlands in Garoowe unter Präsident Mahamuud Hirsi Muuse Adde (auch bekannt als Adde Muuse) unterstützt. Zum Zeichen ihrer Loyalität mit der TFG entsandte Puntland Soldaten nach Süd- und Zentralsomalia. Im Gegenzug rückten UIC-Truppen von Süden her gegen Puntland vor. Im August und November 2006 kam es zu mehreren blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Islamisten und den Truppen Puntlands in der Region Mudug. Anfang November 2006 kündigte die UIC an, sie wolle Gaalkayo an der südlichen Grenze Puntlands einnehmen. Zur gleichen Zeit wurde die Regierung in Garoowe immer stärker von der UIC zugeneigten religiösen Führern unter Druck gesetzt.<sup>48</sup> Um den Frieden zu bewahren, kündigte Präsident Adde Muuse schliesslich an, Scharia-Gesetze in Puntland einzusetzen.<sup>49</sup> Bis zu ihrem Fall Ende Dezember 2006 gelang es der UIC jedoch nicht, gewaltsam in Puntland einzudringen. Berichten zufolge wurden äthiopische Truppen an die Grenzen von Puntland beordert, um die autonome Region im Nordosten Somalias zu verteidigen.

## 2.2.2 Innere Kämpfe in Somaliland 2007

Während des ganzen Jahres 2007 war die Regierung Somalilands in Streitigkeiten über zivile und politische Rechte verwickelt. Einer der Konflikte drehte sich um die freie Meinungsäusserung in den Tageszeitungen. Seit der Abspaltung Somalilands 1991 hatten sich verschiedene unabhängige Zeitungen etabliert.<sup>50</sup> Zwar gab es schon in der Vergangenheit Spannungen zwischen der Regierung und den Printmedien, vor allem den unabhängigen Zeitungen *Jamhuuriya* und *Haatuf*, jedoch herrschte in Somaliland grundsätzlich Meinungsfreiheit.<sup>51</sup> Dies änderte sich im Jahr 2007 drastisch. Am 2. Januar 2007 stürmte die Polizei die Redaktion von *Haatuf* und die beiden Redakteure Yusuf Abdi Gaboobe und Ali Abdi Diini wurden ohne Haftbefehl festgenommen. Später wurden Haftbefehle gegen zwei weitere Journalisten bekannt. Einer der beiden, Muhammed-Rashid M. Farah, konnte nach Äthiopien fliehen, der andere, Muhammad Omar Sheekh, wurde festgenommen. Grund für diese Verhaftungen waren die Veröffentlichung verschiedener Artikel in *Haatuf* zwischen November 2006 und Januar 2007, welche den Präsidenten Dahir Rayaale Kahin wegen seiner Handhabung eines Landkonfliktes in Boorama kritisierten und seine Frau der Korruption beschuldigten. Der Prozess gegen die Journalisten wurde in der Polizeistaation in Maadeera, direkt neben dem Hochsicherheitsgefängnis, abgehalten, obwohl Maadeera nicht im Gerichtsbezirk von Hargeysa liegt. Obwohl die Anschuldigungen gegen die Journalisten und die Anwendbarkeit des Strafgesetzes des Landes von Anwälten und Medienschaaffenden stark kritisiert wurde, wurde die Gerichtsverhandlung fortgesetzt. In Somaliland, in der Diaspora und auf internationaler Ebene löste das Vorgehen des Regionalgerichtes in Hargeysa Empörung aus. Dennoch wurden die vier Journalisten im März 2007 zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

<sup>48</sup> In den frühen 1990er-Jahren griff die Al Ittihad Al Islami (AIAI) als erste islamistische, militärische Kraft in den Bürgerkrieg in Somalia ein und nahm für kurze Zeit Boosaasso, die wichtigste Hafenstadt im Nordosten Somalias ein. 1992 wurde die AIAI von Abdullahi Yusuf geschlagen. Viele der Al Ittihad Führer und Kämpfer wurden entweder getötet oder flohen in den Süden. Einige jedoch, vor allem Mitglieder von lokalen Klans verbleiben in der Region.

<sup>49</sup> IRIN, 21. November 2006: SOMALIA: Puntland to adopt Islamic law, [www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=61619](http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=61619).

<sup>50</sup> Alle Zeitungen wurden in der Hauptstadt Hargeysa gedruckt.

<sup>51</sup> Gelegentlich wurden Verleger oder Journalisten der unabhängigen Zeitungen festgenommen. Gewöhnlich wurden sie nach ein paar Stunden wieder freigelassen und publizierten weiterhin regierungskritische Artikel.

Zudem wurde das Haatuf Media Network (HMN), der Verleger der Zeitung, zu einer Geldstrafe verurteilt und musste darüberhinaus seine Lizenz abgeben.<sup>52</sup> Am 29. März 2007 begnadigte Präsident Kahin die Journalisten, und HMN publizierte weiter. Im November 2007 legte die Regierung dem Parlament ein neues Mediengesetz vor, das nach dem Vorbild des jemenitischen Mediengesetzes gestaltet worden war. Dieses beinhaltet, dass die Regierung erheblichen Einfluss auf die Medien nehmen kann, und dass Journalisten sowie Verlagshäuser, die gegen das Gesetz verstossen, mit Sanktionen zu rechnen haben.<sup>53</sup> Journalisten und bürgerrechtliche Aktivisten sind gegen dieses neue Mediengesetz. Obwohl das Gesetz noch nicht in Kraft ist, zeigt es doch, dass die Regierung in Hargeysa den unabhängigen Journalismus mit Argwohn beobachtet.

Im April 2007 gründete eine Gruppe von Intellektuellen, frühere Politiker und Geschäftsleute, die neue *Qaran*-Partei (*Qaran* = Nation) in Hargeysa. In den darauffolgenden Monaten eröffnete die neue Partei in verschiedenen Städten des Landes lokale Vertretungen. Die Regierung erklärte *Qaran* für illegal und stützte sich dabei auf den Verfassungsartikel 9, der besagt, dass nur drei politische Parteien im Land erlaubt sind. Auf der anderen Seite stützten sich die Führer von *Qaran* und ihre Anhänger auf Verfassungsartikel 22, der besagt, dass jeder Bürger, entsprechend des Gesetzes und der Verfassung, das Recht hat, sich am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen des Landes zu beteiligen.<sup>54</sup> Trotz der Widersprüchlichkeit der zwei Verfassungsartikel ergriff die Regierung Massnahmen gegen die neugegründete Partei. Am 13. Juli 2007 wurde ein Treffen von *Qaran*, welches in einem Hotel in der Stadt Gabiley westlich von Hargeysa stattfand, von der lokalen Polizei aufgelöst. Die Versammlung wurde jedoch vor dem Hotel weitergeführt.<sup>55</sup> Am 28. Juli 2007 wurde die Führung der Partei, Mohamed Abdi Gabose, Mohamed Hashi Elmi und Jamal Aideed Ibrahim, verhaftet. Die Begründung war, dass sie den Sturz der Regierung planen würden. Wie beim Fall der Haatuf-Journalisten verurteilten auch hier lokale und internationale Zivilrechtsaktivisten die Vorgehensweise der Gerichte als illegal. Die Gerichtsverhandlungen gegen die Führer von *Qaran* liefen in gleicher Manier wie jene gegen die *Haatuf*-Journalisten ab.<sup>56</sup> Am 20. August 2007 wurde gegen die drei Parteiführer wegen illegaler Gründung einer politischen Partei und Volksaufwiegelung eine Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten Haft sowie ein fünfjähriges Verbot der Ausübung eines öffentlichen Amtes ausgesprochen.<sup>57</sup> Ende Dezember 2007 wurden die drei *Qaran*-Führer auf Befehl des Präsidenten von Somaliland aus der Haft entlassen. Das Verbot, ein öffentliches Amt auszuführen, blieb jedoch bestehen. Anfang 2008 formte die *Qaran*-Partei, gemeinsam mit der führenden Oppositionspartei Kulminye, ein Oppositionskomitee. Das Ziel der beiden

<sup>52</sup> Amnesty International, 2. Februar 2007: Somalia: Prisoners of conscience/incommunicado detention/fear of ill-treatment, [www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/002/2007/en](http://www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/002/2007/en); Amnesty International, 19. Februar 2007: Prisoners of conscience/incommunicado detention/fear of ill-treatment/legal concern, [www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/003/2007/en](http://www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/003/2007/en).

<sup>53</sup> Hoehne, Markus V. 2008: Newspapers in Hargeysa: Freedom of speech in post-conflict Somaliland, *Afrika Spectrum*, 43/1, S. 91–114.

<sup>54</sup> Constitution of the Republic of Somaliland, English translation, [www.somalilandlaw.com](http://www.somalilandlaw.com).

<sup>55</sup> Somaliland Times, issue 286, 14. Juli 2007: Police Prevent Qaran Party Meeting in Gabiley, [www.somalilandtimes.net/sl/2007/286/201.shtml](http://www.somalilandtimes.net/sl/2007/286/201.shtml).

<sup>56</sup> Amnesty International, 23. August 2007: Opposition party leaders jailed after unfair trial in Somaliland, [www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/014/2007](http://www.amnesty.org/en/library/info/AFR52/014/2007).

<sup>57</sup> Somaliland Times, issue 291, 18. August 2008: Qaran Leaders' Trial Opens in Madndera Jail's Vicinity, [www.somalilandtimes.net/sl/2007/291/1.shtml](http://www.somalilandtimes.net/sl/2007/291/1.shtml); Somaliland Times, issue 293, 25. August 2008: Harsh Sentence for Qaran Party Leaders, [www.somalilandtimes.net/sl/2007/293/3.shtml](http://www.somalilandtimes.net/sl/2007/293/3.shtml).

Parteien ist zu erreichen, dass der amtierende Präsident Dahir Rayale Kahin bei den Präsidentschaftswahlen im Frühling 2009 nicht in seinem Amt bestätigt wird.<sup>58</sup>

### 2.2.3 Der Konflikt zwischen Somaliland und Puntland

Seit der Schaffung von Puntland als autonomer Regionalstaat im Jahr 1998 streiten sich Somaliland und Puntland über die Regionen Sool, Ost-Sanaag und Süd-Togdheer. Diese Regionen werden von beiden politischen Regierungen in Nord Somalia als Teil ihres Staatsterritoriums angesehen. In der Kolonialzeit gehörten sie zum Britischen Protektorat von Somaliland. Nach seiner Unabhängigkeitserklärung von 1991 machte Somaliland den Anspruch auf diese Gebiete erneut geltend. Viele Mitglieder der Isaaq-Klanfamilie, die in Zentral- und Westsomaliland ansässig ist, unterstützten die Unabhängigkeit Somalilands, während die Mitglieder der Harti-Klanföderation, die in den umstrittenen Regionen ansässig sind, von vornherein gegen eine Abspaltung Somalilands von Somalia waren. Folglich sympathisierten die Mitglieder der Harti-Klans mit Puntland, welches unter anderem die Wiedervereinigung Somalias anstrebt.<sup>59</sup> In diesem Zusammenhang wurde Abdullahi Yusuf, der Präsident von Puntland (1998–2004) zum «Erzfeind» Somalilands. Im Oktober 2004 wurde Yusuf Präsident der Übergangsregierung und betonte mehrmals, dass er Somaliland als Teil von Somalia betrachte.<sup>60</sup>

Der Konflikt um die umstrittenen Regionen zwischen Somaliland und Puntland eskalierte im Dezember 2002, nachdem der Präsident von Somaliland in Lasanod, der Hauptstadt der Sool-Region, von Streitkräften Puntlands angegriffen worden war. Somaliland liess daraufhin die lokale Administration in Lasanod schliessen, und Ende 2003 marschierten die Truppen von Puntland in die Stadt ein. Auch die Regierung Somalilands in Hargeysa entsandte darauf Truppen in die Region, und die Streitkräfte der beiden verfeindeten Provinzen setzten sich schliesslich entlang einer Frontlinie westlich von Lasanod fest. Am 29. Oktober 2004 kam es zu schweren Kämpfen und Dutzende von Soldaten beider Seiten wurden getötet oder verwundet. Dank der Friedensbemühungen lokaler Autoritäten und Zivilrechtsaktivisten sowie des Mangels an militärischem und finanziellem Kapital beider Kriegsparteien konnte eine weitere Eskalation des Krieges zu diesem Zeitpunkt verhindert werden.<sup>61</sup> Jedoch kam es im April 2007 erneut zu Kämpfen in der Nähe des Dorfes Dahar, in der östlichen Sanaag-Region, und im Oktober 2007 brach der Konflikt in der Sool-Region erneut in voller Stärke aus. Grund für den erneuten Kriegsausbruch waren interne Konflikte in der Regierung von Puntland. Der Innenminister, ein Angehöriger des in der Sool-Region ansässigen Dhulbahante-Klans, wurde nach einem Missverständnis mit Präsident Adde Muuse aus seinem Amt entlassen. Aus Rache mobilisierte der Ex-Minister seinen Klan gegen Puntland und bat Somaliland um Unterstützung. Die Regierung Somalilands ergriff ihre Chance und rückte gegen Puntland vor, dessen Armee aufgrund von Kampfhandlungen in Süd- und Zentralsomalia geschwächt war (siehe, 2.2.1). Anfang Oktober 2007 gelang es den Streitkräften So-

<sup>58</sup> Somaliland Times, issue 311, 5. Januar 2008: Kulmiye and Qaran form an alliance against Rayale, [www.somalilandtimes.net/sl/2007/311/3.shtml](http://www.somalilandtimes.net/sl/2007/311/3.shtml).

<sup>59</sup> Hoehne, Markus V., 2007: From pastoral to state politics: Traditional authorities in Northern Somalia, in: Buur, L. and Kyed H.M. (eds.). State Recognition and Democratisation in Sub-Saharan Africa: A New Dawn for Traditional Authorities? Palgrave: New York, S. 155–182, S. 165–171.

<sup>60</sup> Eldoret: Cabdullaahi Yusuf «Soomaaliya lama qeybin karo» [Somalia kann nicht geteilt werden], [www.mudugonline.com/2003/January/230103maanta.htm](http://www.mudugonline.com/2003/January/230103maanta.htm); Somaliland will not cooperate with «Warlord» Yusuf, [www.unpo.org/content/view/full/1889/236/](http://www.unpo.org/content/view/full/1889/236/).

<sup>61</sup> Hoehne, Markus V., 2006: Political identity, emerging state structures and conflict in Northern Somalia, in: Journal of Modern African Studies, Vol.44 No.3, S. 397–414.

malilands, mit Hilfe der Klanmilizen die Truppen Puntlands aus Lasanod zu vertreiben. Die Kämpfe forderten zahlreiche Todesopfer und Verwundete. Tausende Einwohner der Stadt Lasanod wurden vorübergehend aus der Stadt vertrieben.<sup>62</sup> Somaliland übernahm die Kontrolle der Stadt und hatte diese zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Updates immer noch inne.

#### 2.2.4 Piraterie und Kriminalität in Puntland von 2006–2008

Seit Mitte 2007 verschlechterte sich die Sicherheitslage in Puntland zunehmend. Im Jahr 2008 kam der Nordosten Somalias immer mehr in die Schlagzeilen wegen der Zunahme von Piratenüberfällen am Horn von Afrika. Allein in 2008 wurden mehr als hundert Schiffe angegriffen und mehrere Dutzend entführt. Hohe Lösegeldsummen wurden von ausländischen Firmen und Regierungen bezahlt, um Schiffe und Besatzung zu befreien.<sup>63</sup> Die bekanntesten Zentren der Piraterie sind die Städte Harardheere und Eyl in der Region Mudug in Zentralsomalia beziehungsweise Südostpuntland. Die Piraterie am Horn von Afrika hat zwar eine lange Geschichte. Dennoch müssen die häufigen Angriffe auf Schiffe im Golf von Aden und entlang der somalischen Küste zwischen 2006 und 2008 mit der aktuellen Situation in Somalia in Verbindung gebracht werden. Ursprünglich waren viele Piraten am Horn von Afrika Fischer, die ihre Existenzgrundlage an die asiatische und europäische Hochseefischerei verloren, welche in diesen Gebieten illegal ihre Netze zum Fischfang auswarfen. Diese «ersten» Piraten sahen sich als die Hüter der somalischen Küste. Während der Kontrolle der UIC über Zentral- und Südsomalia kam die Piraterie an der somalischen Küste zum Stillstand.<sup>64</sup> Die Piraterie blühte jedoch in Folge der zwischen 2007 und 2008 herrschenden Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit (siehe, 2.1.2) in Somalia erneut auf. Auch die zunehmende Schwäche der Behörden in Puntland begünstigte das Wiedererstarken der Piraterie. Als es den Piraten gelang, sehr hohe Lösegeldzahlungen zu erpressen, wurde die Piraterie zu einem lukrativen Geschäft für die verarmte Bevölkerung an der Küste Somalias. Neben der lokalen Bevölkerung beteiligen sich heute auch Geschäftsleute aus dem Ausland an diesen kriminellen Machenschaften.<sup>65</sup> Die östlichen Küstengebiete von Puntland bieten ein ideales Versteck für Piraten, da sie von Land wie auch vom Meer aus nur sehr schwer zugänglich sind.<sup>66</sup>

Die spektakulärsten Aktionen der somalischen Piraten waren die Kaperung eines ukrainischen Frachtschiffs, welches 33 Panzer für Kenia oder den Südsudan transportierte, sowie eines saudischen Supertankers. Die beiden Schiffe wurden Ende September beziehungsweise Mitte November 2008 gekapert und werden bis heute (17. Dezember 2008) an der Somalischen Küste, mit mehr als einem Dutzend ande-

---

<sup>62</sup> Hoehne, Markus V., 2007: Puntland and Somaliland clashing in northern Somalia: Who cuts the Gordian knot?, Onlineausgabe vom 7. November 2007, <http://hornofafrica.ssrc.org/Hoehne/>.

<sup>63</sup> Nach Schätzungen betrugen die Lösegeldzahlungen in 2008 zwischen 30 und 150 Millionen US-Dollar.

<sup>64</sup> Hansen, Stig Jarle, Dezember 2006: Pirates of the Horn, [www.skuld.com/upload/News%20and%20Publications/Publications/Beacon/Beacon%202006%20188/188%20page%2012-15.pdf](http://www.skuld.com/upload/News%20and%20Publications/Publications/Beacon/Beacon%202006%20188/188%20page%2012-15.pdf).

<sup>65</sup> Pflüger, Thomas, 23. Oktober 2008: Gefährliche Gewässer, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/piraten2.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/piraten2.html); BBC News, 21. November 2008: World only cares about pirates, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/7740417.stm>; Haatuf, 8. Dezember 2008: Budhcad Badeeda Somaliaa oo shir ay yeeshen ku dhistay guddi maamusha [Somalische Piraten hielten ein Treffen ab und gründeten eine Verwaltung].

<sup>66</sup> Beobachtungen des Autors bei einer Reise mit dem Auto von Garoowe nach Eyl im Dezember 2003.

ren Schiffen und etwa 200 Besatzungsmitgliedern von den Piraten festgehalten.<sup>67</sup> Der Regierung Puntlands scheint die Piraterie, die grösstenteils auf ihrem Kontrollgebiet stattfindet, gleichgültig zu sein.<sup>68</sup> Nicht nur in den Küstenregionen, sondern auch in Puntlands Innerem gewinnen Kriminalität und Gewalt immer mehr die Oberhand. Bewaffnete Gangs kontrollierten alle grösseren Städte wie Boosaaso, Garowe und Gaalkayo. Im Jahr 2008 wurden, vor allem in Norden von Puntland, mehrere Ausländer entführt. Erst kürzlich, im November 2008, verschwanden ein spanischer und ein englischer Journalist in Boosaaso.<sup>69</sup>

Am 2. Juni 2008 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1816. Die Resolution erlaubt Staaten den Zugang zu somalischen Gewässern, falls sie gewillt sind, mit der TFG zusammenarbeiten und die Piraterie in Somalia zu bekämpfen.<sup>70</sup> Mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie andere Staaten haben jüngst Schritte eingeleitet, um die Piraterie entlang der somalischen Küste zu bekämpfen. Am 19. September 2008 entschied die EU, sich an der so genannten «Atlanta Mission» zur Bekämpfung der Piraterie an der somalischen Küste zu beteiligen.<sup>71</sup> Sechs Schiffe und drei Bewachungsflugzeuge aus mindestens acht EU-Staaten, darunter Grossbritannien, Frankreich und Deutschland sollen in Zukunft Schiffe mit Hilfs- und Handelsgütern begleiten.<sup>72</sup> Anfang Dezember 2008 wurden auf internationaler Ebene weitere Schritte zur erfolgreichen Bekämpfung der Piraterie entlang der somalischen Küste besprochen. Am 16. Dezember 2008 folgte der UNO-Sicherheitsrat einem Vorschlag der USA und verabschiedete die Resolution 1851. Diese besagt, dass zur Bekämpfung der Piraterie in Somalia, sowohl auf dem Land als auf dem Wasser, alle nötigen Mittel erlaubt sind.<sup>73</sup>

### 2.2.5 Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen in Somaliland und Puntland

In Somaliland wie auch in Puntland werden Anfang 2009 (Puntland: Januar 2009; Somaliland: März 2009) Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Arbeit der nationalen Wahlkommission (National Electoral Commission (NEC)) kam es in Somaliland im Jahr 2007 zu grösseren Spannungen. Der Präsident, das Parlament und die zwei Oppositionsparteien, die sich an der Nominierung der Kommissionsmitglieder beteiligten, konnten sich nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen. Die Streitpunkte waren einerseits die Repräsentation der Klans und andererseits die Repräsentation der Frauen in der Wahlkommission. Zwischen Februar und September 2007 wurde der Streit um die Nomination der Kommissionsmitglieder

<sup>67</sup> Mellenthin, Knut, 4. Oktober 2008: Der Seeräuber-Krimi, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/piraten2.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Somalia/piraten2.html); Engelhardt, Marc, 19. November 2008: Fette Piratenbeute, taz. Update Januar 2009: Ende Dezember 2008 wurde der saudische Supertanker freigelassen. Im Januar folgte die Freilassung des ukrainischen Schiffs mit Waffen an Bord. In beiden Fällen gingen jeweils circa drei Millionen US-Dollar Lösegeld an die Piraten.

<sup>68</sup> Gerüchten nach sind führende Personen in Puntland in die Piraterie verwickelt; persönliches Gespräch mit anonymen Quelle, Hargeysa, 3. Dezember 2008.

<sup>69</sup> International Herald Tribune, 27. November 2008: 2 western journalists kidnapped in pirates' haven in Somalia, [www.iht.com/articles/2008/11/27/africa/27somalia.php](http://www.iht.com/articles/2008/11/27/africa/27somalia.php).

<sup>70</sup> S/RES/1816 (2008).

<sup>71</sup> Pflüger, Thomas, 23. Oktober 2008: Gefährliche Gewässer, junge Welt, [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/piraten2.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/piraten2.html).

<sup>72</sup> BBC News, 8. Dezember 2008: EU to begin Somali pirate controls, <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/africa/7770490.stm>.

<sup>73</sup> Besheer, Margaret, 16. Dezember 2008: UN Security Council Authorizes Pursuit of Pirates on Somali Land, [www.voanews.com/english/2008-12-16-voa62.cfm](http://www.voanews.com/english/2008-12-16-voa62.cfm).

zwischen den einzelnen Akteuren und vor dem obersten Gerichtshof ausgetragen. Schliesslich wurde Ende 2007 eine Kommission mit einem Fünfjahresmandat bestimmt, die zukünftige Wahlprozesse regeln und überwachen sollte.<sup>74</sup>

Im Oktober 2008 begann man in Somaliland mit der Registrierung der Wähler. Um an der Präsidentschaftswahl teilnehmen zu können, mussten sich alle Staatsbürger an ihrem Heimatort registrieren lassen. Daraufhin wurde jedem Wähler eine Wahl- und Identitätskarte mit einer Fotografie und Fingerabdrücken ausgestellt. Die Registrierung wurde in den verschiedenen Regionen von Westen nach Osten durchgeführt. In den westlichen Regionen Awdal, Saaxil und Maroodi Jeex (früher Waqooyi Galbeed) war der Registrierungsprozess am 5. Dezember 2008 abgeschlossen.<sup>75</sup> Die Wähler in den zentralen und östlichen Teilen des Landes wurden bis Ende des Jahres 2008 erfasst. Einige politische Probleme behinderten den Registrierungsprozess. Einerseits befürchtete man, nach den jüngsten Bombenanschlägen in Somaliland (siehe, 2.2.6), dass Terroristen den Registrierungsprozess zu sabotieren versuchen, um politische Entwicklungen in Somaliland zu verhindern.<sup>76</sup> Andererseits war nicht klar, ob die Wahlregistrierung auch in den Gebieten der Harti-Klanföderation, über deren Zugehörigkeit sich Puntland und Somaliland streiten (siehe, 2.2.3), durchgeführt werden kann. Tatsächlich gab es im Dezember in einigen von Mitgliedern des Dhulbahante Klans bewohnten Gebieten Probleme. In der Kleinstadt Buuhoodle in Süd-Togdheer kam es beispielsweise zu gewaltsamen Ausschreitungen, als die Wählerregistrierung dort stattfinden sollte. Die Registrierung wurde daraufhin nicht durchgeführt.

Die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen in Puntland unterscheiden sich gänzlich von jenen in Somaliland. In Puntland wird der Präsident von den 66 Vertretern der Klans, die einen Parlamentssitz inne haben, gewählt. Zur Zeit der Wahlvorbereitung wurde das Parlament aufgelöst. Die Parlamentarier kehrten in ihre jeweiligen Heimatorte zurück und warben bei ihren Klanmitgliedern für eine erneute Ernennung als Klanvertreter im Parlament in Garoowe. Falls ein Parlamentsmitglied die Gunst seiner Familie verloren hatte, so konnte der Klan ein neues Klanmitglied zur Vertretung der Gruppeninteressen ins Parlament entsenden. Anfang Januar 2009 werden die bestätigten und neuen Parlamentsmitglieder einen neuen Präsidenten wählen. Zur Wahl stehen über zehn Präsidentschaftskandidaten.<sup>77</sup> Die Wahl in Puntland birgt verschiedene politische sowie Sicherheitsrisiken. Einerseits besteht die Gefahr, dass reiche Präsidentschaftskandidaten, vor allem der amtierende Präsident Adde Muuse, Bestechungsgelder an die relativ wenigen Wahlberechtigten zahlen.<sup>78</sup> Dies könnte zu Konflikten innerhalb des Landes führen. Andererseits, dies ist jedoch weniger wahrscheinlich, könnte die Wahl eines neuen Präsidenten zu einer Machtdemonstration und damit zu erneuten Kämpfen zwischen Puntland und Somaliland führen.<sup>79</sup>

<sup>74</sup> Mohamed Hassan Ibrahim, 2007: NEC on a Rope? The Need for Good Leadership, The Academy Today Issue 1, Vol.1, April 2007.

<sup>75</sup> Nach 1991 wurden von der Regierung Somalilands verschiedene neue regionale Einheiten definiert. Diese wurden auf offiziellen Karten von Somalia jedoch nicht eingezeichnet, wie aus Karte I im Appendix ersichtlich wird.

<sup>76</sup> Update Januar 2009: Bisher ist es nicht zu einem erneuten Terrorschlag gekommen.

<sup>77</sup> HR Media, 1. November 2008: Puntland elections campaign starts, <http://horseedmedia.net/english/5842/>.

<sup>78</sup> Persönliches Gespräch mit anonymer Quelle, Hargeysa, 3. Dezember 2008.

<sup>79</sup> Update Januar 2009: Die Präsidentschaftswahl in Puntland fand am 8. Januar 2009 statt. Die Wahlen gingen friedlich von statten. Abdirahman Faroole, ein Mitglied des Majeerteen Klans, wurde zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident wurde der Dhulbahante Mann Abdisamid Ali Shire.

## 2.2.6 Die Selbstmordanschläge vom 29. Oktober 2008

Am 29. Oktober 2008 erschütterten fünf gleichzeitig ausgeführte Selbstmordanschläge Somaliland und Puntland. In Hargeysa, der Hauptstadt Somalilands, wurden der Präsidentschaftspalast, das Gelände der UNDP sowie das äthiopische Verbindungsbüro attackiert. In Puntland wurden zwei Gebäude des «*Puntland Intelligence Service*» (PIS) in Boosaaso bombardiert. Alleine in Hargeysa verloren mehr als 20 Personen ihr Leben, und 30 Personen wurden verletzt. Es wird vermutet, dass es sich bei den Tätern um Verbündete von militanten Islamisten aus Süd- und Zentralsomalia handelt, was aber nicht heissen soll, dass die Täter selbst aus dem Süden stammen.<sup>80</sup> Die somalischen Sicherheitskräfte konnten mit internationaler Hilfe einige der Täter identifizieren. Einer der Selbstmordattentäter stammt aus Hargeysa oder Umgebung und gehört dem dort ansässigen Klan an. Ein anderer war ein Mitglied der somalischen Diaspora in den USA. Er war kürzlich aus den USA in Somalia eingereist, um sich den Extremisten anzuschliessen. Die Anschläge wurden zu genau der Zeit ausgeführt, als in die IGAD in Nairobi eine Konferenz mit der Übergangsregierung Somalias und dem Djibouti-Flügel der ARS abhielt, um die Umsetzung früherer Abkommen mit beiden Seiten zu diskutieren (siehe, 2.1.3). Offiziell übernahm niemand die Verantwortung für die Anschläge. Allerdings beschuldigte Dahir Rayaale Kahin, der Präsident Somalilands, auf einer Pressekonferenz am 30. November 2008 *Al Shabaab* der Anschläge.<sup>81</sup> Die Ziele der Anschläge waren vermutlich, 1) die relativ friedliche Lage in Somaliland und Puntland zu destabilisieren, 2) die Unabhängigkeit Somalilands zu untergraben, und 3) Äthiopien, die TFG und die USA (welche über die CIA mit der PIS in Puntland kooperierte)<sup>82</sup> sowie die UNO für ihren Einsatz im Süden Somalias zu «bestrafen».<sup>83</sup>

## 2.2.7 Zusammenfassung

Die politischen Ereignisse im Norden Somalias zwischen 2006 und 2008 unterscheiden sich vollständig von jenen im Süd- und Zentralsomalia; die politischen Veränderungen im Norden waren sehr viel weniger dramatisch als jene im Zentrum und im Süden des Landes. Trotzdem hatten auch Somaliland und Puntland interne politische Herausforderungen zu bewältigen: Somaliland den Kampf um die Demokratisierung des jungen Staates und Puntland die Zunahme von Kriminalität und Piraterie. Zudem zeigen der militärische Zusammenstoss zwischen Somaliland und Puntland in 2007 und die Selbstmordattentate vom 29. Oktober 2008, dass Stabilität und Frieden im Norden Somalias bedroht sind. Der anhaltende Konflikt um die umstritte-

<sup>80</sup> Die Beziehungen zwischen Nord- sowie Süd- und Zentralsomalia sind vielfältig. Somalische Firmen machen ihre Geschäfte auf der gesamten Halbinsel und Flüchtlinge aus dem Süden und dem Zentrum suchen im Norden Schutz. Beunruhigend ist, dass sich eine kleine, aber engagierte Gruppe von Jugendlichen aus Somaliland (und wahrscheinlich auch aus Puntland) der *Al Shabaab* in Mogadishu angeschlossen hat, um sie bei ihrem Kampf gegen die äthiopischen und die Truppen der Übergangsregierung zu unterstützen.; Blogspot News, November 2008: Magacyada Rag Ka Soo Jeeda Somaliland Oo Al-Shabaab Ah Oo La Baahiyay, [Die Namen der Männer, die angeblich *Al Shabaab* angehören], <http://waridaad.blogspot.com/2008/11/magacyada-rag-ka-soo-jeeda-somaliland.html>.

<sup>81</sup> The Republican, 6. Dezember 2008: President blames attack on Al Shabaab, Hargeysa.

<sup>82</sup> Die PIS wurde von Abdullahi Yusuf, als dieser Präsident von Puntland war, gegründet. Viele der PIS Funktionäre sind nahe, patrilineare Verwandte Yusufs.

<sup>83</sup> Hoehne, Markus V., 2008: The bombings in Somaliland and Puntland – an attempt to drag the north into the politics of violence of southern Somalia, Horn of Africa Bulletin Vol. 20 No. 10, November 2008, S. 4–6.

nen Regionen Sool, Ost-Sanaag und Süd-Togdheer und die heimlichen Verbindungen zwischen Islamisten in Nord-, Süd- und Zentralsomalia könnten die Stabilität im Norden unterminieren.

## 3 Sicherheitslage

### 3.1 Süd- und Zentralsomalia

Die Monate, während denen die UIC die Führung in Mogadishu innehatte, waren die ruhigsten und friedlichsten seit dem Sturz der Regierung von Siyad Barre im Jahr 1991. Viele SomalierInnen waren den Gerichten dankbar, dass sie Mogadishu von kriminellen Kriegsherren und Militiagangs befreit hatten und dass in der Stadt wieder Recht und Ordnung herrschte. Diese «Rechtmässigkeit» stand in krassem Gegensatz zur Regierungsgewalt, die manche lokale Behörde und auch die TFG praktizierte. Für viele Somalis stellte eine Herrschaft der UIC die langersehnte Lösung für die Probleme des Staats- und Regierungsversagens dar. Demzufolge unterstützen viele die Islamisten.<sup>84</sup> Laut Marchal (2007) war die Schaffung von islamischen Gerichten die Antwort auf fehlende Sicherheit. Das Entstehen von islamischen Gerichten folgte mehr oder weniger immer demselben Muster. Die Klanältesten der dominierenden Klans in den vom Krieg erschütterten städtischen Gebieten entschieden, islamische Gerichte zu schaffen. Bei der Ernennung der Richter achteten sie darauf, Differenzen innerhalb des Islam in Somalia (beispielsweise zwischen verschiedenen Reformbewegungen) Rechnung zu tragen.<sup>85</sup> Nichtsdestotrotz gab es Gerichte wie das *Ifkahanle*-Gericht im Süden Mogadishus, welches von radikalen Islamisten geführt wurde.<sup>86</sup> Gewöhnlich standen den Scharia-Gerichten Gerichtsmilizen zur Verfügung, die als Polizeikräfte operierten.<sup>87</sup> Mitte 2006 wurde dieses Sicherheitskonzept sukzessive auf weitere Gebiete in Süd- und Zentralsomalia, in welchen die UIC die Kontrolle übernahm, ausgedehnt.

Mit der Übernahme von Mogadishu durch äthiopische Streitkräfte und Truppen der TFG im Dezember 2006 verschlechterte sich die Sicherheitslage in Süd- und Zentralsomalia drastisch. Laut Menkhaus (2007) führten die Kämpfe zwischen der UIC und den Truppen der TFG beziehungsweise der äthiopischen Militärs zum Ausbruch der schlimmsten Kämpfe, Vertreibungen und Leiden in Mogadishu seit 15 Jahren.<sup>88</sup> «Human Rights Watch» schrieb in einem Bericht, dass die Einwohner von Mogadishu seit Januar 2007 unter blutigen Kämpfen von unglaublichem Ausmass zu leiden hatten. Hunderte von Zivilisten wurden getötet oder verletzt, und Tausende wurden

<sup>84</sup> Menkhaus, Ken, 2007: The crisis in Somalia: Tragedy in five acts, African Affairs 106/204, S. 357–390, S. 371.

<sup>85</sup> Marchal, Roland: Somalia: A new front against terrorism, 5. Februar 2007, <http://hornofafrica.ssrc.org/marchal/printable.html>.

<sup>86</sup> Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue, S. 45–46.

<sup>87</sup> Schon Mitte der 1990er-Jahre, unter der Kontrolle von Kriegsherren, wurden in Mogadishu Scharia Gerichte aktiv. Siehe: Menkhaus, Ken, 2004: Somalia: State Collapse and the threat of terrorism, Adelphi Paper 364, Oxford; Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue.

<sup>88</sup> Menkhaus, Ken, 2007: The crisis in Somalia: Tragedy in five acts, in: African Affairs, 106/204, S. 357–390, S. 380.

vertrieben und verloren dabei ihr Heim sowie ihre Lebensgrundlage.<sup>89</sup> Wegen diesen heftigen Kämpfen zwischen militanten Islamisten und Klanmilizen auf der einen Seite und der TFG sowie den äthiopischen Truppen auf der anderen, stellte sich in Somalia ein erneuter Zustand der Gesetzlosigkeit ein.<sup>90</sup> Auch der Einsatz von ugandischen und burundischen Friedenstruppen als Teil der AMISOM-Vereinbarung vermochten an dieser Situation nichts zu ändern. Im Gegenteil, der Einsatz weiterer ausländischer Streitkräfte in Somalia löste erneute Spannungen und bewaffneten Widerstand aus.<sup>91</sup> In den Jahren 2007 und 2008 formierten sich islamische und Hawiye-Klan-Milizen neu, um die Übergangsregierung und ihre ausländischen Unterstützer zu destabilisieren.

In seinem Bericht an den UNO-Sicherheitsrat vom 7. November 2007 schreibt der UNO-Generalsekretär, dass die Lage in Mogadischu sehr angespannt sei und dass es täglich zu gewaltsamen Übergriffen von Rebellen und Gegenangriffen von äthiopischen Streitkräften und Truppen der TFG komme (Paragraph 15 bis 21). Er bestätigte, dass Somalia mit Waffen überflutet wurde und dass Zivilisten regelmässig zwischen die Fronten geraten, da die bewaffneten Truppen, insbesondere in Mogadischu, nicht zwischen Zivilisten und Kämpfern unterscheiden. In einem weiteren Bericht vom 14. März 2008 legt der UNO-Generalsekretär dar, dass rund 300'000 Menschen aufgrund der Kämpfe Ende Oktober 2007 aus der Hauptstadt fliehen mussten und dass die humanitären Hilfeleistungen durch *ad hoc*-Besteuerungen, Strassenblockaden, Piraterie und Entführungen von humanitären Helfern massiv behindert werden (Paragraph 47 und 48). Auch in seinem Bericht vom 16. Juli 2008 schreibt der UNO-Generalsekretär, dass kein Ende der Kämpfe zwischen den islamischen Aufständischen und den äthiopischen beziehungsweise der Truppen der Übergangsregierung abzusehen ist und dass die unbeständige Lage in Süd- und Zentralsomalia bestehen bleibt. Zudem sei eine erneute Zunahme von Kriminalität zu beobachten (Paragraph 17 bis 21). Im jüngsten Bericht des UNO-Generalsekretärs vom 17. November 2008 wird dargelegt, dass sich die Sicherheitslage im Zentrum und im Süden des Landes zwischen Juli und Oktober noch einmal drastisch verschlechtert hat. Das Waffenembargo gegen Somalia wird ständig gebrochen, und es herrscht ein anhaltender Zustand von Gesetzlosigkeit in den zentralen und südlichen Teilen Somalias vor. Piraterie, bewaffnete Überfälle und Entführungen sind an der Tagesordnung. Zudem werden die kumulativen Effekte von Vernachlässigung und Armut die Lage noch verschlimmern (Paragraph 23).

Als besonders bedrohlich stellte sich zwischen 2007 und 2008 die Situation an den verschiedenen Checkpoints dar, welche von Soldaten der Übergangsregierung, Rebellen und Kriminellen in und um Mogadishu sowie entlang der Strassen in Süd- und Zentralsomalia errichtet worden waren.<sup>92</sup> Das Passieren der Checkpoints, auch jede der Übergangsregierung, war für die Reisenden mit grossen Gefahren verbunden. Wie Menkhaus (2008) berichtet, kontrollierten Sicherheitskräfte der Übergangsregie-

<sup>89</sup> Human Rights Watch, 12. August 2007: Shell-Shocked. Civilians under siege in Mogadishu, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf), S. 3.

<sup>90</sup> BBC, 11. Januar 2007: Fears stalk Somalia's capital once again, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6252359.stm>; BBC, 19. Februar 2007: «Anti terror force» for Somalia, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6375699.stm>; BBC, 19. April 2007: Heavy shelling in Somali capital, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6572453.stm>.

<sup>91</sup> Red Team Report: Somalia; März 2007; Key Areas: Somalia: Islamic Extremism, Clan Politics Insurgency; BBC, 8. März 2007: African force ambushed in Somalia, Internetquelle: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6428969.stm>.

<sup>92</sup> Im Bericht vom 16. Juli 2006 erwähnt der UNO-Generalsekretär, dass in Somalia rund 400 Strassenblockaden und Checkpoints errichtet worden waren (Paragraph 52).

zung zusammen mit opportunistischen kriminellen Gangs über 400 Strassenblockaden, an welchen sie 500 US-Dollar für das Passieren eines Lastwagens verlangten und mehrere lokale humanitäre Helfer entführt und gegen Lösegeld wieder freigelassen wurden.<sup>93</sup> Ein weiteres Problem, so Menkhaus (2008), stellt die Unabhängigkeit der verschiedenen nationalen Sicherheitskräfte – Staatspolizei, Armee, Stadtpolizei von Mogadishu, Staatssicherheitsdienst – von der Übergangsregierung dar. Diese Sicherheitskräfte agieren wie Paramilitärs, deren leitende Offiziere zwar offizielle Titel der Übergangsregierung innehaben, sich jedoch wie Kriegsherren verhalten. Da sie für ihren Dienst keinen Lohn bekommen, verhalten sich auch die einfachen Soldaten eher wie bewaffnete Gangs als wie Ordnungskräfte.<sup>94</sup> Die anhaltende Gewalt und angespannte Sicherheitslage beeinträchtigen die Arbeit von internationalen NGO und UNO-Organisationen in Süd- und Zentralsomalia. Es wird davon ausgegangen, dass allein um Jahr 2008 mindestens 29 humanitäre Helfer in Somalia ums Leben gekommen sind.<sup>95</sup> In manchen Gegenden ist die Arbeit für humanitäre Hilfswerke sehr schwierig oder gar unmöglich geworden.<sup>96</sup>

Zusammenfassend hat sich die Sicherheitslage im Süden und im Zentrum Somalias nach einer kurzen Phase der Stabilität in 2006 drastisch verschlechtert. Für die Zivilbevölkerung sowie für internationale und humanitäre Helfer sind Mogadishu und weite Teile von Süd- und Zentralsomalia zu einer grossen Gefahrenzone geworden. In einem Artikel des Sunday Herald wird davon ausgegangen, dass im anhaltenden Konflikt seit Januar 2007 mindestens 9000 Zivilisten getötet wurden und rund 1.1 Millionen Menschen durch die Kämpfe vertrieben wurden. Zudem seien 3.2 Millionen Menschen, das ist die Hälfte der Gesamtbevölkerung von Somalia, auf Soforthilfe angewiesen (diese Zahl hat sich in den letzten 12 Monaten verdoppelt).<sup>97</sup>

### 3.2 Somaliland und Puntland

In Zentralsomaliland arbeiten die staatlichen Einrichtungen, auch Polizei und Militär, effektiv, und seit 1997 gab es in Somaliland keine bewaffneten Konflikte mehr. Der Frieden und die Sicherheit im Zentrum des Landes stehen in deutlichem Gegensatz zu den anhaltenden Unruhen im Osten, wo sich die umstrittenen Regionen befinden. Bevor Lasanod, die Hauptstadt der Sool-Region, von den Truppen Somalilands erobert wurde, unterlag sie von 2004 bis 2007 der Kontrolle Puntlands (siehe, 2.2.3). Aufgrund des anhaltenden Konfliktes zwischen Somaliland und Puntland über die Kontrolle der Regionen Sool, Ost-Sanaag und Süd-Togdheer wurden dort bisher kaum staatliche Strukturen aufgebaut. Obwohl in den Regionen nominale staatliche Einrichtungen von Somaliland und/oder Puntland existieren, haben doch die traditionellen Führer der Klans und Subklans das Sagen.<sup>98</sup> Die Herausforderungen, welche

<sup>93</sup> Menkhaus, Ken, 2008: Somalia: A country in peril, a policy nightmare, ENOUGH Strategy Paper (September 2008), S. 4.

<sup>94</sup> Menkhaus, Ken, 2008: Somalia: A country in peril, a policy nightmare, ENOUGH Strategy Paper (September 2008), S. 7.

<sup>95</sup> Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf), S. 5.

<sup>96</sup> Security Council Report, 27. August 2008: Monthly Forecast: September 2008, S. 8, [www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf](http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/September%2008%20Forecast%20final%20pdf.pdf).

<sup>97</sup> Sunday Herald, 11. Oktober 2008: Troop pull-out leaves government on brink, [www.sundayherald.com/international/shinternational/display.var.2459722.0.troop\\_pullout\\_leaves\\_government\\_on\\_brink.php](http://www.sundayherald.com/international/shinternational/display.var.2459722.0.troop_pullout_leaves_government_on_brink.php).

<sup>98</sup> Hoehne, Markus V., 2006: Traditional Authorities in Northern Somalia: Transformation of powers and positions, Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper Nr. 82, Halle/Saale,

sich den Klanführern in diesen politisch umstrittenen und peripheren Regionen stellen sind enorm.<sup>99</sup> Wegen lokaler Ressourcen kommt es zwischen den verschiedenen Klans oft zu Konflikten und bewaffneten Übergriffen, was die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sehr schwierig gestaltet. Nachdem die Armee von Somaliland Lasanod erobert hatte, richtete sie dort elementarste Verwaltungsbehörden ein. Das Umland hingegen entzieht sich jeglicher staatlicher Kontrolle.<sup>100</sup>

In den letzten zwei Jahren hat sich die Sicherheitslage in Puntland dramatisch verschlechtert. Vor allem in den ländlichen Regionen, aber auch in Städten wie Boosaaso herrschen Kriminalität und Gesetzlosigkeit. Der Grund, weshalb die staatlichen Organe Puntlands immer mehr an Einfluss über die Gebiete im Nordwesten verloren, war, dass Puntland die Übergangsregierung in Somalia unter Präsident Abdullahi Yusuf, militärisch unterstützte. Dieser Truppeneinsatz in Somalia schwächte die Wirtschaft Puntlands beträchtlich. Hinzu kommt, dass sich Präsident Adde Muuse mehr damit beschäftigte, wirtschaftliche Gewinne zu erzielen, indem er internationale Lizenzen zur Erdölsuche in Puntland verkaufte, als in seinem Land für Recht und Ordnung zu sorgen. Im Juli 2008 besuchte Abdullahi Yusuf, der Präsident der Übergangsregierung Garoowe, die Hauptstadt Puntlands. In seiner Rede warnte er davor, dass Aufständische in Puntland die Stabilität im Nordosten des Staates gefährden würden. Ziel dieser Rebellen sei es, Puntlands Unterstützung für die Übergangsregierung in Somalia zu brechen. Dem fügte er an: «Wenn in Puntland Frieden herrschen soll, muss der Staat seine Macht demonstrieren. Wenn es der Regierung in Puntland jedoch egal ist, täglich angegriffen zu werden, so muss sie keine Sicherheitsvorkehrungen treffen und kann sich weiterhin auf die Wirtschaft sowie die Erdöl- und Mineraliensuche konzentrieren».<sup>101</sup>

Mit dem zunehmenden Machtgewinn von militanten Islamisten in Süd- und Zentral-somalia sahen sich auch Somaliland und Puntland einer Bedrohung ausgesetzt, die mit den Bombenanschläge von Hargeysa und Boosaaso im Oktober 2008 Realität wurde (siehe, 2.2.6). In der Zeit nach den Angriffen wurden die Sicherheitsvorkehrungen in den Zentren von Somaliland und Puntland massiv verschärft. In Hargeysa wurden Anfang November 2008 Polizei- und Militärcheckpoints eingerichtet. Für einen Monat nach den Angriffen galt von neun Uhr abends bis fünf Uhr morgens eine Ausgangssperre. Im Dezember 2008 wurden die Vorkehrungen in Hargeysa etwas gelockert, jedoch wurden Regierungsgebäude und die Büros von internationalen Organisationen weiterhin streng bewacht.<sup>102</sup> Ferner führten die Anschläge zu einer Unterbrechung der Wählerregistrierung. Die Registrierung wurde Anfang Dezember 2008 wieder aufgenommen (siehe, 2.2.5).

---

[www.eth.mpg.de/pubs/wps/pdf/mpi-eth-working-paper-0082.pdf](http://www.eth.mpg.de/pubs/wps/pdf/mpi-eth-working-paper-0082.pdf); Gundel, Joakim with Ahmed A. Omar Dharbaxo, 2006: The Predicament of the «Oday»: The role of traditional structures in security, rights, law and development in Somalia. Oxfam Novib: Danish Refugee Council.

<sup>99</sup> Weder Somaliland noch Puntland investieren in die umstrittenen Gebiete Sool, östlicher Sanaag oder südlicher Togdheer.

<sup>100</sup> Dies wird dadurch bekräftigt, dass die meisten Mitglieder der Regierung und der Parteien in Somaliland darin übereinstimmen, dass die momentan stattfindende Wählerregistrierung in den umstrittenen Gebieten Ost-Sanaag, Sool und Süd-Togdheer nur in Lasanod und anderen Orten, die unter der festen Führung der Armee Somaliland sind, durchgeführt werden kann; persönliche Gespräche mit verschiedenen anonymen Quellen in Hargeysa, Dezember 2008.

<sup>101</sup> Garoowe Online, 26. Juli 2008: Somalia: «Puntland Elections On Time» – Somali President, <http://allafrica.com/stories/200807280012.html>.

<sup>102</sup> Beobachtungen des Autors, Hargeysa, Dezember 2008.

## 4 Die allgemeine Rechtslage

Ganz allgemein kann die Justiz in Somalia in vier verschiedene Rechtssysteme aufgeteilt werden: erstens das formelle Justizsystem oder Gesetzesrecht; zweitens das traditionelle Recht oder Gewohnheitsrecht, in Somali *xeer* genannt; drittens das islamische Recht oder die Scharia; viertens Initiativen der Zivilbevölkerung oder des privaten Sektors.<sup>103</sup> Diese verschiedenen Systeme existieren zwar nebeneinander, stehen aber oft in Widerspruch zueinander. So widersprechen beispielsweise einige *xeer*-Gesetze den Gesetzen der Scharia, und oftmals entsprechen sich staatliche Gesetze und jene der *xeer* oder der Scharia überhaupt nicht. Von diesen verschiedenen Rechtssystemen ist vor allem das Gewohnheitsrecht, *xeer*, das weitreichendste, insbesondere in den ländlichen Gebieten, wo das formelle Recht kaum Einfluss hat. Zudem ist *xeer* das Rechtssystem mit der effektivsten Durchsetzungskraft.<sup>104</sup> Mit der Machtübernahme der UIC gewann auch die Scharia immer mehr Anwendung. Am 14. Dezember 2008 liess Makhtar Roobow, der Sprecher von *Al Shabaab*, an einer Pressekonferenz verlauten, dass *Al Shabaab* nicht aufgeben werde, bis sich in Somalia die Scharia durchgesetzt habe.<sup>105</sup> Die Scharia beinhaltet nach dem Verständnis der Islamisten in Süd- und Zentralsomalia körperliche Züchtigung – von Auspeitschung bis Steinigung.<sup>106</sup>

In Somaliland und in Puntland sind formelle Rechtsstrukturen in Kraft, die zumindest in den zentralen Regionen der beiden politischen Einheiten angewendet werden.<sup>107</sup> Jedoch kommt es auch in den beiden Hauptstädten Hargeysa und Garoowe vor, dass die Leute die nicht-staatliche Rechtsordnungen (*xeer* und Scharia) den staatlichen vorziehen, da es den Vertretern letzterer (Richter und Anwälte) an Professionalität fehlt. Ein weiteres Problem, welches die Anwendungsbereitschaft des formellen Rechts schmälert, ist, dass wichtige Rechtsbereiche wie das Kriminalgesetz noch immer jenen der Republik Somalia entsprechen. Das Strafgesetz aus dem Jahre 1962 wird also angewendet, obwohl der Staat nicht mehr existiert. Die Anwendung veralteter Gesetze führten in Somaliland in 2007, in den Fällen der *Haatuf*-Journalisten beziehungsweise der *Qaran*-Partei, zu zweifelhaften Rechtssprechungen (siehe, 2.2.2).

In seinem Bericht stellt Le Sage (2005) die verschiedenen rechtlichen Initiativen von Kriegsherren, Selbstjustiz und Zivilgesellschaft, die zum Teil internationale Unterstützung erhalten, vor. Jedoch sind Tragweite und Durchsetzung von solchen zivilgesellschaftlichen und privaten Initiativen sehr limitiert und ungewiss.<sup>108</sup>

Für das Misstrauen der Bevölkerung Somalias gegen das staatliche «Rechtswesen» und die «Rechtsstaatlichkeit» gibt es mehrere Gründe: Erstens kam es in Somalia

<sup>103</sup> Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue, S. 7.

<sup>104</sup> Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue, S. 8.

<sup>105</sup> Saxansaxo Vol 2/Issue 492, 15. Dezember 2008: Afhayaan Kooxda Xag Jirka Ah Ee Al-Shabaab Oo Shir Jaraa'id Ku Soo Qaaday Xilliga Ay Joojinayaan Dagaalada Iyo Sida Ay U Arkaan Sheekh Shariif [Der Sprecher der extremistischen Gruppe *Al-Shabaab* hielt eine Pressekonferenz ab zu den Themen, wann die Gruppe den Krieg beenden wird und was sie von Sheikh Sharif hält].

<sup>106</sup> Spiegel Online, 1. November 2008: Steinigung in Somalia: 13-jähriges Vergewaltigungsopfer brutal hingerichtet, [www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,587905,00.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,587905,00.html).

<sup>107</sup> Eine gute Übersicht über die Gesetzgebung in Somaliland. Eine englische Übersetzung findet sich auf folgender Internetseite: [www.somalilandlaw.com](http://www.somalilandlaw.com).

<sup>108</sup> Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue, S. 49–52.

unter der Regierung von Siyad Barre immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Zweitens wurden während des Bürgerkriegs jegliche Gesetzgebungen, seien es das Staatsrecht, die Scharia, *xeer* oder andere, missachtet. Damit wurde vor allem in Zentrum und im Süden Somalias, wo sich die feindlichen Parteien seit 1991 nicht ausgesöhnt haben, eine Kultur der Straflosigkeit gefördert.<sup>109</sup> Obwohl Gesetze existieren, ist die Strafverfolgung selten.<sup>110</sup> Jene die Macht haben, können die gerichtlichen Prozesse beeinflussen und die «Rechtsstaatlichkeit» nach ihrem Gutdünken auslegen. Nach über einer Dekade des Konfliktes wird in Somalia ein viel grösseres Gewicht auf die Wiederherstellung von Sicherheit als auf die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit gelegt.<sup>111</sup> Dies trifft insbesondere auf die Situation in Süd- und Zentralsomalia, unter bestimmten Voraussetzungen jedoch auch in Somaliland, zu. Dem Frieden zu Liebe akzeptiert die Bevölkerung Somalilands die manchmal sehr zweifelhaften rechtlichen Entscheide der Regierung.

## 5 Menschenrechtslage

### 5.1 Menschenrechtsverletzungen

In Süd- und Zentralsomalia gehören Menschenrechtsverletzungen zur Tagesordnung. Die Täter kommen meist ungestraft davon. Vorherrschende Verbrechen sind Tötung, Raub, sexueller Missbrauch, Folter, Versklavung und die Rekrutierung von Kindersoldaten. Diese Verbrechen haben sich vor allem seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs Anfang der 1990er-Jahre gehäuft, wobei sich Phasen von extremer Gewalt wie in 1991/1992 mit relativ ruhigen Phasen wie 2004/2005 ablösen. Klar ist, dass die Menschenrechtsverletzungen mit der Invasion der äthiopischen Truppen massiv zugenommen haben.<sup>112</sup>

Im Mai 2008 publizierte Amnesty International (AI) einen Report zu Menschenrechtsverletzungen in Somalia.<sup>113</sup> Darin wird von der weiten Verbreitung von Folter, grober Misshandlung, Vergewaltigung, aussergerichtlicher Hinrichtung, willkürlicher Festnahme und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung berichtet. Laut AI wurden diese Menschenrechtsverletzungen von allen am Konflikt in Süd- und Zentralsomalia beteiligten Parteien begangen. Manche Verbrechen wie ungesetzliche Tötung, Vergewaltigung und Plünderung sowie auch die Bombardierung und Beschiessung von

<sup>109</sup> Im jüngsten Human Rights Watch Bericht zu Somalia steht, dass sich keine der Kriegsparteien darum bemüht, dass Kriegsverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf), S. 6. Dies gilt auch für die internationale Gemeinschaft, die sich bisher weigerte die Täter in Somalia, inklusive Übergangsregierung und äthiopische Funktionäre, zur Rechenschaft zu ziehen. Siehe auch: Maletta Robert, October 2008: Somalia: An accountability free zone?, in: Humanitarian Exchange Magazine, Issue 40, [www.odihpn.org/report.asp?id=2946](http://www.odihpn.org/report.asp?id=2946).

<sup>110</sup> Weber, Anette, 2008: State building in Somalia – challenges in a zone of crisis, in: E.-M. Bruchhaus and M. Sommer (eds.): Hot Spot Horn of Africa Revisited, Lit Verlag: Hamburg, S. 14–27, S. 22.

<sup>111</sup> Le Sage, Andre, 2005: Stateless Justice in Somalia: Formal and informal rule of law initiatives, Report, Centre for Humanitarian Dialogue, S. 9.

<sup>112</sup> Mail and Guardian Online, 7. Dezember 2007: UN alarmed by widespread rape in Mogadishu, [www.mg.co.za/article/2007-12-07-un-alarmed-by-widespread-rape-in-mogadishu](http://www.mg.co.za/article/2007-12-07-un-alarmed-by-widespread-rape-in-mogadishu); ReliefWeb, 16. August 2007: Somalia: Increased sexual violence raises HIV concerns, [www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/EMAE-765PG2?OpenDocument](http://www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/EMAE-765PG2?OpenDocument).

<sup>113</sup> Amnesty International, 6. Mai 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia.

Zivilisten in Mogadishu wurden insbesondere von den äthiopischen und den TFG-Truppen verübt. Es gibt Berichte, dass äthiopische Soldaten einem Kind die Kehle durchgeschnitten oder aus Mogadishu fliehende Zivilisten erschossen haben.<sup>114</sup> Ferner zeigt der AI-Bericht auf, dass sich die TFG in keiner Weise darum bemühte, die Zivilbevölkerung vor Raub, Erpressung, Gewalt durch bewaffnete Gruppen oder individuelle Gangster zu schützen.<sup>115</sup> Im Allgemeinen betont der Artikel, dass sich die Menschenrechtsslage in Somalia massiv verschlechtert hat und dass es für Zivilisten, wo auch immer sie sich befinden, keinen sicheren Ort gibt. Jene, die der Gewalt in Mogadishu zu entrinnen versuchen, werden auf den Strassen in Richtung Norden (Puntland) und in Richtung Westen (Afgooye und Baidhabo) von Diebstahl, Vergewaltigung und Erschiessungen bedroht.<sup>116</sup>

In seinem Bericht an den UNO-Sicherheitsrat schreibt der UNO-Generalsekretär am 7. November 2007 in Paragraph 55, dass Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von internationalem humanitärem Recht in Mogadishu unvermindert begangen werden. Er fügt weiter hinzu, dass Somalia von Waffen überflutet werde und dass Zivilisten regelmässig in Kampfgebieten eingeschlossen werden, da alle bewaffneten Gruppierungen, insbesondere in Mogadishu, nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten unterscheiden. In Paragraph 79 betonte er, dass Vergewaltigung und andere sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalttaten von den kriegsführenden sowie anderen Gruppen in Mogadishu begangen werden. In einem früheren Bericht vom 25. Juni 2007 schreibt der Generalsekretär in Paragraph 63, dass Diskriminierungen und Misshandlungen von marginalisierten Gruppen und Minoritäten<sup>117</sup>, der sexuelle Missbrauch und die Ausbeutung von Frauen und Mädchen sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten unvermindert weitergehen.<sup>118</sup>

Im August 2007 bestätigten UNO-Funktionäre und Mitarbeiter von humanitären Organisationen, dass mit der eskalierenden Gewalt in Somalia auch die sexuellen Übergriffe auf Frauen und Mädchen und damit das Risiko von HIV-Infektionen stark zugenommen haben.<sup>119</sup> Im Dezember 2007 sagte ein Mitarbeiter von UNICEF aus, dass die Intensität und Art der Gewalttaten, die zu jener Zeit gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden, in diesem Ausmass noch nicht gesehen worden waren. Zu-

---

<sup>114</sup> Amnesty International, 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia, S. 8–13 and 18.

<sup>115</sup> Amnesty International, 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somali, S. 2.

<sup>116</sup> Amnesty International, 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia, S. 2 and 4.

<sup>117</sup> Barnes (2007) argumentiert, dass seit dem Zusammenbruch des somalischen Staates 1991 keine Bevölkerungsgruppe in Somalia der Diskriminierung und Verfolgung entgehen konnte. Trotzdem gibt es Gruppen die der Konflikt härter getroffen hat als andere. Dies sind vor allem kleine und über das Land verstreute Bevölkerungsgruppen, die sich nicht mit anderen Gruppen zusammenschliessen können. (Barnes, Cedric, August 2007: Country Report Somalia, S. 26). Besonders gefährdete Minderheiten sind *Jareer* oder Bantu, Asharaf, und andere die an der Benaadirküste im Süden Somalias ansässig sind und die von den dominierenden Klans nicht als «reine» Somalis angesehen werden. Diese Minderheiten werden von den Milizen der grossen Klanfamilien, wie den Hawiye und Darood, unterdrückt und misshandelt. Für einen allgemeinen Überblick über die Minoritätengruppen in Süd- und Zentralsomalia siehe: «Minority Groups in Somalia», Report of the Joint British, Danish and Dutch fact-finding mission to Nairobi, Kenya, 17–24 September 2000. Viele Mitglieder von Minoritäten wurden in Somalia intern vertrieben oder flüchteten in eines der Nachbarländer oder gar noch weiter. Dennoch verbleiben einige Mitglieder von Minderheiten in Süd- und Zentralsomalia, da ihnen schlicht die Mittel zur Flucht fehlen.

<sup>118</sup> Angeblich beriefen militante Islamisten in Süd- und Zentralsomalia immer wieder junge Männer und gar Teenager in ihre Ränge ein. Zudem entführten bewaffnete Gangs und Klan-Milizen/Kriegsherren immer wieder Männer, Frauen und Kinder, um sie zu versklaven. Die entführten Personen werden gezwungen auf Plantagen, in Camps der Milizen und/oder als Sexsklaven zu arbeiten.; persönliches Gespräch mit mehreren somalischen Flüchtlingen in Grossbritannien, Januar 2007 bis Oktober 2008.

<sup>119</sup> ReliefWeb, 16. August 2007: Somalia: Increased sexual violence raises HIV concerns, Internet-Quelle: [www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/EMAE-765PG2?OpenDocument](http://www.reliefweb.int/rw/RWB.NSF/db900SID/EMAE-765PG2?OpenDocument).

dem wusste er von Vorfällen, bei denen Frauen am helllichten Tag an Checkpoints vergewaltigt worden waren. Weiter wurden Kindersoldaten von den Milizen der Regierung ebenso wie von den islamistischen Rebellen rekrutiert und wurden damit zu einer rechtmässigen Zielscheibe im Konflikt.<sup>120</sup>

In den beiden jüngsten Berichten des UNO-Generalsekretärs vom 16. Juli 2008 beziehungsweise 17. November 2008 zur Lage in Somalia unterstrich er, dass sich die Menschenrechtssituation in Somalia zunehmend verschlechtert habe und dass Angriffe auf die Zivilbevölkerung, vor allem auf Frauen und Kinder, stark zugenommen haben.<sup>121</sup> Im Bericht vom 16. Juli 2008 bestätigte er, dass beide Seiten, die von Äthiopien unterstützten Truppen der Übergangsregierung wie auch die militanten Islamisten und Klanmilizen in den von Zivilisten bewohnten städtischen Gebieten schwere Artillerie einsetzten und dass Dutzende von Zivilisten getötet oder verletzt wurden (Paragraph 56).

Am 8. Dezember 2008 publizierte «Human Rights Watch» (HRW) einen erneuten Bericht zur Menschenrechtssituation in Somalia.<sup>122</sup> Dieser bestätigte, dass die letzten zwei Jahre des Blutvergiessens und der Zerstörung verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in Somalia hatten und dass die Hauptstadt Mogadishu weitgehend zerstört wurde. Alle Parteien des Konflikts, die äthiopischen Truppen, die Streitkräfte der Übergangsregierung sowie deren Gegner, missachteten die Gesetze, ohne dafür bestraft zu werden, mit der Konsequenz, dass die gewöhnliche, somalische Bevölkerung die Hauptlast des Konflikts zu tragen hatte. HRW schreibt weiter, dass die letzten zwei Jahre des Krieges nicht nur als Fortsetzung der tragischen Geschichte Somalias gesehen werden können, sondern dass die gegenwärtige Menschenrechts- und humanitäre Katastrophe das Leben und die Lebensgrundlage von Millionen von SomalierInnen bedroht und zwar in einem Ausmass, wie seit 1990 nicht mehr.<sup>123</sup> Sicherheitskräfte und Milizen terrorisierten die Bevölkerung mit Mord, Vergewaltigung, Überfällen und Plünderungen. Die Rebellen bedrohten ihre Kritiker oder Mitarbeiter der TFG, auch wenn sie nur eine untergeordnete Tätigkeit ausübten, mit Morddrohungen und gezielten Tötungen. Die in Somalia stationierten äthiopischen Soldaten waren immer öfter für Gewalttaten verantwortlich zu machen. Da die Polizeikräfte der TFG oft selbst in schlimme Vergehen wie beispielsweise die willkürliche Festnahme von Zivilisten und Lösegeldforderungen an ihre Familien verwickelt waren, ist es für Opfer von Gewalttaten unmöglich, Anzeige zu erstatten.<sup>124</sup> Schliesslich enthält der HRW-Bericht detaillierte Augenzeugenberichte von Menschenrechtsverletzungen.

Die Menschenrechtssituation in Somaliland und Puntland kann nicht mit den erschreckenden Zuständen in Süd- und Zentralsomalia verglichen werden. Trotzdem werden in ganz Somalia, auch in den nördlichen Gebieten sexuelle Gewalttaten und

<sup>120</sup> Mail and Guardian Online, 7. Dezember 2007: UN alarmed by widespread rape in Mogadishu. Internetquelle: [www.mg.co.za/article/2007-12-07-un-alarmed-by-widespread-rape-in-mogadishu](http://www.mg.co.za/article/2007-12-07-un-alarmed-by-widespread-rape-in-mogadishu).

<sup>121</sup> Report of the Secretary-General on the situation in Somalia, 16. Juli 2008, Paragraph 55; Report of the Secretary-General on the situation in Somalia, 17. November 2008, Paragraph 78.

<sup>122</sup> Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf); siehe auch den vorhergehenden Bericht Human Rights Watch, 12. August 2007: Shell-Shocked. Civilians under siege in Mogadishu, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia0807webwcover.pdf).

<sup>123</sup> Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf), S. 3.

<sup>124</sup> Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf), S. 4.

Diskriminierungen gegen Minderheiten begangen. Frauen haben in Somalia kaum politische Mitspracherechte, und ihr sozialer Status ist deutlich niedriger als jener der Männer. Vor allem Mädchen und Frauen aus armen Verhältnissen oder aus Flüchtlingsfamilien werden oft Opfer von sexuellem Missbrauch und Ausnutzung. Wegen ihres niedrigen Sozialstatus können sie kaum Anzeige erstatten.<sup>125</sup> Im Norden werden Minderheiten wie die Midgan und Yibir (auch bekannt als Madiban oder Gabooye) sozial wie auch wirtschaftlich ausgegrenzt. Es ist ihnen nicht erlaubt, ein Mitglied aus einer der grossen Klanfamilien zu heiraten, sie dürfen nur handwerkliche Tätigkeiten ausüben und sind den Schikanen der Mitglieder der Mehrheitsklans ausgeliefert.<sup>126</sup>

## 5.2 Medienfreiheit

Seit dem Wiederaufflammen heftiger Kämpfe in Süd- und Zentralsomalia in 2006, wurden mehrere angesehene Journalisten getötet.<sup>127</sup> In 2007 verschlechterte sich die Lage zunehmend. Sieben Journalisten wurden ermordet; weitere fielen Bombenanschlägen und Kreuzfeuer zum Opfer, oder wurden verletzt. Einige Medienhäuser wurden von Regierungstruppen angegriffen und zumindest vorübergehend geschlossen.<sup>128</sup> In Somaliland und Puntland stellt sich die Lage ganz anders dar. In Somaliland existieren verschiedene unabhängige Medien, welche die Bevölkerung über Geschehnisse im In- und Ausland informieren. Vor allem die beiden unabhängigen Tageszeitungen *Haatuf* und *Jamhuuriya*, die in Hargeysa publiziert werden, kritisieren immer wieder den Machtmissbrauch und Korruption von Somalilands Beamten und Eliten. Wie oben ausgeführt (2.2.2), ergriff die Regierung in Somaliland vor kurzer Zeit Massnahmen gegen «zu freie» Medien.<sup>129</sup> In Puntland gibt es verschiedene unabhängige Radio- und Fernsehstationen, jedoch sehr wenige Tageszeitungen. Ähnlich wie in Somaliland kommt es auch in Puntland vor, dass Journalisten gelegentlich für kurze Zeit festgenommen werden. Im Allgemeinen herrscht jedoch ein hohes Mass an Meinungsfreiheit.

## 6 Humanitäre Lage

In seinem Bericht zur Lage in Somalia vom 16. Juli 2008 schreibt der UNO-Generalsekretär in Paragraph 13, dass in grossen Teilen des Landes die sozialen Dienste nicht mehr funktionieren. Ohne Zahlungen von Familie und Verwandten im Ausland könnten die meisten Somalier nicht überleben. Laut Aussagen des Generalsekretärs hat sich die humanitäre Lage aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges, der steigenden Lebensmittelpreise, einer sich ausbreitenden Dürre in Zentralsomalia, einer zu trockenen Regenperiode und der unsicheren Staatsituation drastisch und mit unerwarteter Geschwindigkeit verschlechtert (Paragraph 50). Weiter führt er

<sup>125</sup> Persönliches Gespräch mit einem Forscher einer internationalen Organisation, der sich mit dem Thema HIV/AIDS in Somalia, Somaliland, und Puntland beschäftigt, Hargeysa, Dezember 2008.

<sup>126</sup> Beobachtungen des Autors während eines Feldaufenthaltes in Somaliland und Puntland von September 2003 bis November 2004, und in Hargeysa, im Dezember 2008.

<sup>127</sup> Aktualisierungen in Englisch zur Pressefreiheit und der Situation von Journalisten in Somalia finden sich auf der Homepage der National Union of Somali Journalists ([www.nusoj.org/](http://www.nusoj.org/)).

<sup>128</sup> CPJ (Committee to protect journalists) (2007): Attacks on the Press in 2007, [www.cpj.org/attacks07/pages07/index.html](http://www.cpj.org/attacks07/pages07/index.html).

<sup>129</sup> Hoehne, Markus V., 2008: Newspapers in Hargeysa: Freedom of speech in post-conflict Somaliland, *Afrika Spectrum*, 43/1, S. 91–114.

aus, dass rund 750'000 Menschen alleine *in den letzten drei Monaten* [zwischen Mai und Juli 2008] aus Mogadishu fliehen mussten (Paragraph 14). In Paragraph 52 wird weiter ausgeführt, dass die von der jüngsten Gewaltwelle Vertriebenen in prekären Verhältnissen ohne jeden Zugang zu grundlegendsten Dienstleistungen zu leben hätten. HRW und andere humanitäre Organisationen legen dar, dass sich Somalia immer mehr zum humanitären Albtraum entwickelt und dass enorme Mengen an Hilfsgütern nötig sind. Es wird geschätzt, dass mehr als 3.25 Millionen Somalier – das sind über 40 Prozent der Bevölkerung von Süd- und Zentralsomalia – Ende 2008 dringendst humanitäre Hilfe benötigen.<sup>130</sup>

Die Gebiete in Süd- und Zentralsomalia, wo zwischenzeitlich Frieden geherrscht hat, sowie die friedlichen Einheiten Somaliland und Puntland werden von grossen Mengen an intern Vertriebenen (*Internally Displaced Persons* abgekürzt IDPs) aus den Kriegszonen, insbesondere aus Mogadishu, überflutet. Jedoch bedeutet die Flucht innerhalb der Grenzen Somalias kein Ende des Leidens für viele Flüchtlinge. Sind sie einmal in einer Siedlung für intern Vertriebene angekommen, werden sie weiter von Gewalt bedroht. Zudem fehlt es an der grundlegendsten Versorgung für die persönlichen Bedürfnisse wie an sauberem Trinkwasser, medizinischen Versorgungsgütern und ausreichend Nahrungsmitteln. Ferner werden humanitäre Einsätze regelmässig von den verschiedenen Konfliktparteien und bewaffneten Verbrecherbanden behindert.<sup>131</sup> Vor allem in Hargeysa stellt sich die Lage für die Vertriebenen als besonders schwierig dar, da Somaliland von internationaler Seite bisher nicht als Staat anerkannt wurde. Während die Neuankömmlinge aus Zentral- und Südsomalia von der Regierung Somalilands als Flüchtlinge betrachtet werden, sehen internationale Hilfsorganisationen die gleichen Menschen als intern Vertriebene an. Neben diesem widersprüchlichen Status fehlt es in Somaliland an finanziellen Mitteln und materiellen Gütern, um die vertriebenen SomalierInnen zu unterstützen. Obwohl die Regierung in Somaliland offiziell keine Flüchtlinge aus Somalia aufnimmt, sind doch Tausende von Vertriebenen in Somalia, insbesondere in Hargeysa, gestrandet.<sup>132</sup>

Wegen der zunehmend unsicheren Lage und prekären Lebensumständen stellt sich gemäss Angaben von *Médecins Sans Frontières* auch in Puntland die Lage für die intern Vertriebenen aus Süd- und Zentralsomalia immer schwieriger dar. Viele Flüchtlinge versuchen in ihrer verzweiferten Lage, in einem Schmugglerboot nach Yemen zu flüchten. Oft werden sie dabei von Schmugglern ausgenutzt oder sterben auf der Reise.<sup>133</sup>

Die Gesundheitsversorgung ist in Somalia generell sehr schlecht. In den grösseren Städten (Hargeysa in Somaliland; Gaalkacyo, Garoowe und Boosaaso in Puntland, und Mogadishu im Süden Somalias) sind elementare Gesundheitseinrichtungen vorhanden. Dennoch sind diese für grosse Teile der Bevölkerung nicht zugänglich, da die Kosten für die Behandlung und die Medikamente vom Patienten selber getragen werden müssen. Ferner werden gewisse Gesundheitsprobleme wie zum Beispiel psychische Krankheiten von einem Sheikh oder von Familienmitgliedern behandelt.

<sup>130</sup> Human Rights Watch, 8. Dezember 2008: So Much to Fear: War Crimes and the Devastation of Somalia, [www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/somalia1208web.pdf), S. 5; Menkhaus, Ken, 2008: Somalia: A country in peril, a policy nightmare, ENOUGH Strategy Paper (September 2008), S. 4; Duplat, Patrick and Jake Kurtzer, 19. November 2008: Somalia: Policy Overhaul Required, Refugees International, [www.refugeesinternational.org/policy/field-report/somalia-policy-overhaul-required](http://www.refugeesinternational.org/policy/field-report/somalia-policy-overhaul-required).

<sup>131</sup> Amnesty International, 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia, S. 2.

<sup>132</sup> Amnesty International, 2008: Routinely Targeted: Attacks on civilians in Somalia, S. 22.

<sup>133</sup> *Médecins Sans Frontières*, Juni 2008: No Choice: Somali and Ethiopian refugees, asylum seekers and migrants crossing the Gulf of Aden.

Oft werden psychisch Kranke Personen zu Hause eingesperrt. Zwar existieren so genannte psychiatrische Kliniken in Somalia, jedoch können sie nicht mit westlichen Krankenhäusern verglichen werden. Vielmehr gleichen sie einem «Gefängnis», wo psychisch kranke Menschen mit viel zu hoch dosierten Medikamenten und veralteten Methoden behandelt werden. Manchmal werden die Patienten sogar an den Wänden angekettet.<sup>134</sup>

## 7 Annex



Karte I: Somalia, politisch, Internetquelle: [http://memory.loc.gov/cgi-bin/query/h?ammem/gmd:@field\(NUMBER+@band\(G8350+CT001671\)\)](http://memory.loc.gov/cgi-bin/query/h?ammem/gmd:@field(NUMBER+@band(G8350+CT001671))).

<sup>134</sup> Eigene Beobachtungen, Hargeysa Januar 2004 und Dezember 2008.



Karte II: Politische Teilung im Norden Somalias (Somaliland und Puntland).